

# Politische Berichte ★

Nummer 2 / 16. Jahrgang

26. Januar 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

## Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehnmaliglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßiges Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

## Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

## Brandstifter!

### BRD und USA wollen den Balkankrieg anheizen

Eine geheime Kooperation aus USA und BRD scheint den Konflikt auf dem Balkan wieder anheizen zu wollen. Ausgangspunkt war das Washingtoner Abkommen vom März 1994, in dem Vertreter der kroatischen Regierung und Mitglieder des bosnischen Kriegsherrn Izetbegovic eine Kriegskoalition vereinbart haben. Damit hatte sich die US-Regierung der Position der BRD angeschlossen, die schon länger ein solches Bündnis gegen die Bundesrepublik Jugoslawien protegiert hatte. Im August 1994 folgte dann die Großoffensive von Izetbegovic-Truppen im Norden und Nordwesten Bosniens.

Ohne westliche Hilfe hätte diese Offensive nicht stattfinden können. Nach Angaben von UN-Beobachtern in Sarajevo hätten Izetbegovic amerikanische Satellitenaufnahmen über serbische Stellungen vorgelegt. Ein Diplomat, der seinen Namen nicht nennen wollte, erklärte in *Le Monde* vom 17.11.94, die USA hätten auf einem Kriegsschiff in der Adria ein operatives Hauptquartier bezogen, um dem militärischen Befehlshaber der Izetbegovic-Truppe taktische Anweisungen zu geben. Im September 1994 begaben sich zwei hochrangige US-Militärdelegationen nach Bosnien, um mit Militärbefehlshabern der Izetbegovic-Truppen über die nächsten militärischen Schritte zu beraten. Die erste Delegation wurde geleitet von dem amerikanischen General Charles „Chuck“ Boyd und Mike Hayden, Brigadegeneral und Geheimdienstchef im amerikanischen Hauptquartier für Europa. Eine weitere Delegation einige Wochen später wurde von dem pensionierten US-General John Galvin geleitet, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa.



shall European Centre for Security Studies, das vom US-Hauptkommando in Europa betrieben wird, ausgebildet werden. Von Vorteil war die Kooperation mit der kroatischen Regierung vor allem auch deshalb, weil die USA hier durch französische und britische Befehlshaber in Sarajevo umgehen konnten.

Aber auch die BRD ist nicht untätig. In den vergangenen zwei Jahren wurde die Bundesregierung fortwährend initiativ, wenn es Anzeichen gab, daß sich die Lage auf dem Kriegschauplatz beruhigen könnte. In den letzten Monaten streute sie permanent das Gerücht aus, die UN-Truppen würden abziehen. Kein einziger Staat forderte dies. Die Bundesregierung beharrt aber darauf, weil das die Begründung liefert, sich in das militärische Geschehen einzumischen.

Nachdem bis heute kein Mensch diese Forderung in Bezug auf Bosnien aufgegriffen hat, wurde die Bundesregierung im Hintergrund geschäftig. Die Folgen ihres Wühlers: Der kroatische Präsident Tudjman, bekannt als treuer Vasall Genschers und Kohls, kündigte just in diesen

Tagen den UN-Truppen in Kroatien das Aufenthaltsrecht. Und prompt kommt die Forderung Rühes, den Abzug der Blauhelme zu „sichern“. Nach Auffassung des Verteidigungsministers kann das von allen Nato-Armeen ausgerechnet nur die Bundesluftwaffe. Nur der deutsche Tornado-ECR („Electronic Combat an Reconnaissance“) habe die Fähigkeit, gegnerische Stellungen und Flugabwehradar aufzuspüren und zu zerstören. Dies stimmt aber nicht. Die auf den amerikanischen Flugzeugträgern stationierten E6-B Prowler haben ebenfalls diese Fähigkeit.

Um den Einsatz der Bundeswehr als sozusagen höheren Auftrag zu kaschieren, wurde die angebliche Anfrage der NATO an die Bundesregierung inszeniert. Inzwischen hat nämlich der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Richard Vincent, zugegeben, daß die Tornado-Anfrage auf einen „Wink“ vom Generalinspekteur der Bundeswehr Naumann hin an die Bundesregierung gerichtet wurde. — (hav)

Quellen: Joan Phillips, *Der andere Krieg in Bosnien*. in: „NOVO“, Ausg. Jan./Feb. 1995  
Bundeswehr will nach Bosnien. in: „Antimilitarismus Information“ 1/95.

### 15. Januar: 80 000 gedachten in Berlin Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg



Etwa 80 000 Personen ehrten am 15. Januar in Berlin die vor 76 Jahren ermordeten Revolutionäre Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. An der Ehrung nahmen außergewöhnlich mehr Jugendliche als in den vorhergehenden Jahren teil. Auch aus den anderen Bundesländern waren viele Menschen zu der Ehrung angereist. — (rül)

## BRD verletzt Völkerrecht

### EP-Ausschuß verurteilt Abrechnung im Osten

Außerordentlich gereizt hat Bundesinnenminister Kanther auf den „Jahresbericht über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Union (1993)“ reagiert. Über den vom Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten vorgelegten Bericht wird das Europäische Parlament voraussichtlich Anfang Februar diskutieren. Kanther will, so erklärte er, seine Annahme verhindern. Grund: Der unter Federführung des britischen Labour-Abgeordneten Newman zuständige und im Ausschuß mit 16 zu 12 Stimmen verabschiedete Bericht verurteilt die bundesdeutsche Diskriminierungspraxis im Anschlußgebiet in vier Punkten:

„130. bestätigt seine Aussagen in seiner Entschließung vom 11. März 1993 zur Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft in bezug auf die Lage in der früheren DDR und bedauert, daß in der nachfolgenden Periode die politische Diskriminierung und die Diskriminierung in bezug auf den Zugang zu Beschäftigung eher zu abgenommen haben;“

131. erinnert in diesem Zusammenhang an die im Februar 1994 vor dem UN-Menschenrechtsausschuß in Genf

verhandelte Klage von Lehrern aus dem ostdeutschen Bundesland Thüringen wegen Nichteinstellung aus politischen Gründen bzw. Berufsverbot;

132. verurteilt die besonders akute Form der Diskriminierung im Bundesland Sachsen, in dem per Gesetz das Wahlrecht auf kommunaler und Landesebene für als „staatsnah“ eingestufte Personen eingeschränkt wird, d.h. sie von der Wahlkandidatur ausgeschlossen werden;

133. betrachtet die effektive Anwendung von Rechtsnormen auf Tatbestände und Handlungen, die in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vor dem Datum der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 stattgefunden haben, als eine Form der Diskriminierung der Bürger und der Organisationen in der ehemaligen DDR, die gegen die Normen und die Praxis des Völkerrechts verstößt.“

Kein Wunder, daß Kanther tobt. Eine Verurteilung ihrer Menschen- und Völkerrechtsverletzungen bringt nicht nur diese unter Druck, sie stört auch die Versuche der BRD, die im Inneren durchgesetzten Normen bei der Neuordnung Europas in Anwendung zu bringen. — (scg)

## AKTUELL IN BONN

**Kanzlerrunde und Samstagsarbeit**

Am 25. Januar wird in Bonn die „Kanzlerrunde“ von Regierung, Konzernvertretern und Gewerkschaften über „Beschäftigungspolitik“ beraten. U.a. werden BDA-Chef Murmann und DGB-Chef Schulte anwesend sein. Bereits im Vorfeld der Tagung hat nun der DGB-Chef erklärt, die Gewerkschaften seien bereit, über eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten und über den „Lohnausgleich“ bei Arbeitszeitverkürzungen zu verhandeln, wenn die Arbeitgeberverbände ihre Forderungen nach weiterem Sozialabbau zurücknehmen. Die Erklärung des DGB-Vorsitzenden sei mit ÖTV, IG Chemie und IG Metall abgestimmt, behauptet das Handelsblatt und folgert u.a., die Gewerkschaften seien zur breiten Wiederzulassung von Samstagsarbeit bereit.

**Verlängerung beim Ladenschluß**

Am 12. Januar hat der Bundestag die Beratungen über eine neue Änderung des Ladenschlußgesetzes begonnen. Der Gesetzentwurf, der vom Bundesrat eingereicht wurde, also bereits die Zustimmung der SPD-Mehrheit dort gefunden hat, will die Ladenschlußzeiten für Geschäfte, in denen „nur“ der Ladeninhaber arbeitet, also keine Lohnabhängigen, ganz freigeben. Solche Läden könnten dann Tag und Nacht ununterbrochen geöffnet sein. Zugleich sollen Sortimentsbegrenzungen für sogenannte „Verkaufsstellen“ in Fremdenverkehrsgebieten aufgehoben werden. Dort sollen künftig ebenfalls rund um die Uhr alle Arten von Lebensmitteln, Getränken, Fotobedarf, Sportartikel usw. angeboten werden können.

**Weiter Streit um Gewerbesteuer**

Der Präsident des Deutschen Städte-Tages, Burger, hat die Regierung zur Vorlage von Modellrechnungen für die geplante Aufhebung der Gewerbesteuer aufgefordert. In ihren Koalitionsvereinbarungen hatte die Bundesregierung angekündigt, bereits zum 1. Januar 1996 die Gewerbe-Kapitalsteuer abschaffen und die Gewerbeertragsteuer erneut senken zu wollen. Bis heute liegt den Städten und Gemeinden keinerlei Angebot vor, durch was diese Steuern ersetzt werden sollen. Die Regierungskoalition will ihre Pläne bis Sommer präzisieren, Finanzminister Waigel ist für einen Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer – vermutlich wird also diese Steuer 1996 erneut erhöht. SPD-Burger hält diese Pläne schon zeitlich für nicht machbar.

**EU-Finanzmann zur Bundesbank**

Der frühere Kommissar der Europäischen Union für Haushalt und Finanzkontrolle, Peter Schmidhuber (CSU), soll in den Zentralbankrat der Bundesbank wechseln. Das Bundeskabinett muß über den Vorschlag noch beschließen. Schmidhuber würde außerdem noch dem Direktorium der Bundesbank angehören. Das Direktorium ist eine Art „Geschäftsleitung“ der Bundesbank und wird den Kurs der Bank bei den Verhandlungen über die Währungsunion stark beeinflussen können. Da mit dieser Währungsunion auch die Einflußmöglichkeiten der Bundesbank auf die Haushaltspolitik anderer EU-Länder beträchtlich steigt, können CSU resp. Bundesbank so ihren Kurs des Sozialabbaus EU-weit mit einem

CSU-„Fachmann“ besser vorantreiben.

**PDS fordert Mietenmoratorium**

Die wohnungspolitischen Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe und der Landtagsfraktionen im Osten haben auf einer Tagung am 16. Januar in Berlin die von den Bauministern kurz vorher verkündete Einführung der sog. „Vergleichsmiete“ in den neuen Bundesländern strikt abgelehnt. Diese Maßnahme werde einen „Mieten-Crash“ zur Folge haben, weder die Gewerkschaften noch die Mieterverbände oder Bürgerinitiativen seien bei dieser Entscheidung befragt worden. Die PDS will sich für ein Mietenmoratorium bis Ende 1996 einsetzen und fordert eine Begrenzung der umlagefähigen Nebenkosten auf 1,50 DM je qm sowie die Übernahme des Kapitaldienstes für die verbleibenden „Altschulden“ durch den Bund.

**Griechenland will Reparationen**

Zwei Handelskammern der griechischen Stadt Thessaloniki sowie mehrere Gemeinden fordern von der Bundesregierung Reparationen für die NS-Besatzung. Auf einer Pressekonferenz kündigten die Präsidenten der beiden Kammern an, notfalls die Bundesregierung vor internationalen Gerichten zu verklagen. Bisher hatte die Bundesregierung die griechischen Forderungen mit dem Hinweis abgewiesen, das Londoner Schuldenabkommen von 1953 habe die Zahlung solcher Reparationen auf die Zeit nach einem Friedensvertrag vertagt. Das „2+4-Abkommen“ von 1990 sei dieser Friedensvertrag, erklären die griechischen Politiker. 1946 hatten die Siegermächte in Paris die griechischen Ansprüche auf 7,5 Milliarden Dollar beziffert. Heute wären das inkl. Zinsen zwischen 25 und 70 Milliarden DM.

**SPD will Wahlrechtsänderung**

Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Struck will die Zweitstimme bei den Bundestagswahlen ganz abschaffen. Das verkündete er in einem Artikel in der *Bild am Sonntag*. Zugleich forderte er eine Verkleinerung des Parlaments auf 500 Abgeordnete. Die Hälfte der Abgeordneten soll nach den Plänen Strucks direkt, die andere Hälfte nach Landeslisten, aber auf der Grundlage der direkten Stimmen in den Wahlkreisen vergeben werden. Die „Reform“ vorhaben Strucks würden faktisch die großen Parteien erheblich begünstigen und wären ein deutlicher Schritt zum Mehrheitswahlrecht.

**Was kommt demnächst?**

Am 26. Januar beginnen auf dem Gelände des KZ Auschwitz die Gedenkveranstaltungen an die Befreiung der letzten KZ-Häftlinge vor 50 Jahren. Sie dauern bis 27. 1. Ebenfalls am 27. 1. tagt in Bonn die „Energieministerrunde“ und berät das Wirtschaftskabinett über den Jahreswirtschaftsbericht. In Berlin beginnt der PDS-Parteitag. Er dauert bis 29. Januar. Am 13. Februar verkündet das Bundesverwaltungsgericht sein Urteil im Prozeß um die Vermögensansprüche von Firmen und Personen der sog. „Liste 3“. Erben und Nachfolger der auf dieser Liste 1946 von der sowjetischen Besatzungsmacht genannten und enteigneten Nazis und Kriegsverbrecher, darunter die IG Farben, wollen jetzt ihr altes „Eigentum“ zurückhaben.

# Außenpolitische Winkelzüge der BRD

## Der Tschetschenien-Konflikt und die Nato-Osterweiterung

**D**ie Politik der Westmächte im Tschetschenienkonflikt ist außerordentlich verschlagen. Das zeigt sich im zeitlichen Ablauf.

Am 11. Dezember marschierten russische Truppen in Tschetschenien ein. Die Meinungsäußerungen der Westmächte waren verhalten, beinahe leise zustimmend. So berichtet die FR vom 15. Dezember, der US-Außenminister Warren Christopher habe Verständnis für den russischen Einmarsch in Tschetschenien geäußert. Jelzin habe damit das wahrscheinlich notwendige unternommen, um ein Auseinanderbrechen Rußlands zu verhindern. Im Kern sei der Konflikt eine innere Angelegenheit Rußlands. Wenige Tage später, am 20. Dezember, meldet die FR, die EU-Außenminister hätten sich bei ihrem Treffen in Brüssel auf den Standpunkt gestellt, daß der Konflikt in Tschetschenien eine innere Angelegenheit Rußlands sei.

Noch am 29. Dezember berichtet eine Presseerklärung des Auswärtigen Amtes über ein Telefonat von BRD-Kinkel mit Rußland-Kossyrew, daß beide Minister darin übereinstimmen, „daß eine politische Lösung dieses innerrussischen Konfliktes so schnell wie möglich gefunden werden müsse. Diese Lösung müsse mit den Bestimmungen der russischen Verfassung übereinstimmen und dazu führen, daß die Rechte der Bürger in der Region wiederhergestellt werden. Beide Minister stimmten ferner überein, daß die Prinzipien und Bestimmungen der KSZE uneingeschränkt beachtet werden müssen.“

Am 5. Januar kommt die erste offizielle Erklärung der Bundesregierung. Kohl: „Ich bin zutiefst besorgt über das Ausmaß der Gewaltanwendung. Die Auseinandersetzungen haben die Verhältnismäßigkeit der Mittel überschritten.“

Am 9.1. Kinkel im ZDF: „Es geht ja nicht darum, daß Rußland nicht seine territoriale Integrität wahren kann und darf, sondern es geht darum, mit welchen Mitteln sozusagen versucht wird, die Dinge in den Griff zu bekommen. Das haben wir massiv gerügt. Rußland muß Menschenrechte einhalten, muß die KSZE-Bestimmungen, muß auch

Völkerrecht einhalten und darf vor allem nicht im Übermaß handeln.“

Die Jelzin-Regierung, für deren Bestand das Wohlwollen der Westmächte eine wichtige Größe ist, mußte die anfänglichen Erklärungen der US-Administration und der EU-Außenminister als Freibrief auffassen, die russische Staatsansichten mit militärische Übermacht den Bewohnern Tschetscheniens aufzuuherrschen.

Die militärischen Grausamkeiten des russischen Staates in Tschetschenien waren vorherzusehen. Wenn, wie hier geschehen, das Recht auf territoriale Integrität eines Staates den Ausgangspunkt bildet, ohne daß den Wünschen der Bewohner von Regionen irgendeine Bedeutung zugestanden wird, dann sind uferlose Steigerungen von Gewalttaten der Staatsorgane vorprogrammiert. Durch Artilleriebeschluß von Städten kann eine Staatsmaschine, wie in Tschetschenien die russische, die verlorengangene Akzeptanz der Bürger schwerlich zurückgewinnen. Hier geht es um die Erstickung einer öffentlichen Meinung durch immer mehr und immer brutaleres Blutvergießen.

Für die Politik der NATO-Osterweiterung, an der die BRD hart arbeitet, sind die Grausamkeiten des russischen Staates in Tschetschenien vorteilhaft. Die BRD-Politik schlachtet das Schutzbedürfnis aus, das jene Vorgänge bei den nahen Nachbarländern Rußland erzeugen. Widerstände in jenen Ländern gegen die Funktionalisierung zum Aufmarschgebiet der Westmächte wurden geschwächt. Kinkel registriert auf trumpfend verstärkte Nato-Mitgliedswünsche bei den Mittelosteuropäern. Es macht schon wieder Ankündigungen wie: „Wir werden uns von Rußland kein Veto aufzotieren lassen“, (s. Kasten).

Die Westdiplomatie täuschte Nichteinmischung nur vor. Tatsächlich bestärkte man das Jelzin-Regime in der unfriedlichen Grundsatz, daß Staaten ihre Herrschaftsansprüche über Gebiete ohne Rücksicht auf die Meinung der betroffenen Menschen durchsetzen sollten. Üble Folgen für Tschetschenen und Russen waren absehbar. Der Nutzen der Nato-Politik auch. — (maf)

## Kinkel-Interview im Tagesspiegel, 18. Januar

■ Im Zusammenhang mit dem russischen Eingreifen in Tschetschenien ist der Wunsch einiger Mittelosteuropäer auf Beitritt zur NATO wieder spürbar sichtbar geworden, zum Beispiel in Polen. Teilen Sie diese Beobachtung und wenn ja, wie bewerten Sie sie?

Ja, es ist richtig, daß wir mit einem stärkeren Druck in mittel- und osteuropäischen Staaten auf schnelle Aufnahme in die NATO rechnen müssen. Dieser Wunsch ist verständlich. Wir haben beim NATO-Rat im Dezember die Art und Weise, wie wir uns die Hineinführung dieser Län-

der vorstellen, festgelegt. Es gibt aber noch keine konkreten Zeitvorstellungen. Wir haben allerdings auch gesagt, daß wir eben keine neuen Gräben zu Rußland, der Ukraine oder anderen Staaten aufreißen wollen. Ich könnte mir vorstellen, daß andererseits Rußland nach der Tschetschenien-Krise

noch sensibler ist als vorher im Hinblick auf die Aufnahme dieser Länder. Wir werden uns von Rußland kein Veto aufzotieren lassen. Aber ich bleibe dabei, daß wir gut daran tun, über die Frage der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder mit Rußland zu sprechen.



**A**m 12. Januar gab ein Vorbereitungskomitee in Brüssel bekannt, daß die kurdische Bevölkerung in Europa und ihre Organisationen mit den Vorbereitungen für die Bildung eines Exilparlaments begonnen haben. Kurz darauf war der Presse zu entnehmen, die türkische Regierung habe sich an die europäischen Regierungen gewendet und diese aufgefordert, die Bemühungen der kurdischen Bevölkerung zu unterdrücken — mit welchem Erfolg, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. Wir dokumentieren die Erklärung des Vorbereitungskomitees, aus Platzgründen geringfügig gekürzt. Die vollständige Erklärung ist im neuen „Kurdistan-Rundbrief“ dokumentiert. — (rül)

(...) Wir glauben, daß jetzt sowohl in Kurdistan als auch im Ausland die Bedingungen gereift sind, um eine Institution zu bilden, die den Willen des kurdischen Volkes vertritt. Gegen diesen Willen wurde Kurdistan in vier Teile geteilt. Die in den vier Besetzungsstaaten existierenden Parlamente und staatlichen Institutionen vertraten von Anfang an nicht den Willen des kurdischen Volkes. So hat Ankara und die Große Nationalversammlung der Türkei (TBMM), die den Vernichtungskrieg in Kurdistan führt, den Willen des kurdischen Volkes niemals vertreten. Dieses Parlament hat jeden unter Anwendung von Gewalt zum Türkenerklärt.

Mit großer Unterstützung der kurdischen Bevölkerung wurden bei den Wahlen Ende 1991 kurdische Abgeordnete ins (türkische) Parlament gewählt. Während ihrer Amtsperiode wurden sie putschartigen Angriffen ausgesetzt, weil sie die kurdische Frage zur Sprache brachten und anders dachten als der Staat. Mehmet Sincar wurde ermordet, den rechtlichen Parlamentariern wurde die Immunität aberkannt. Sieben Abgeordnete erhielten Freiheitsstrafen von dreieinhalb bis 15 Jahren, die übrigen mußten ins Ausland fliehen, um im Exil ihren politischen Kampf weiterzuführen.

Heute stellt ein nationales Parlament für das kurdische Volk eine unumgängliche Notwendigkeit dar. Unser Volk erhebt die Forderung nach einem Parlament, um selbst über sein Schicksal zu entscheiden und sein Recht auf Selbstbestimmung zum Ausdruck zu bringen. Das Parlament wird die Lösung der kurdischen Frage, die Entwicklung der nationalen Ordnung und der Gesetze verwirklichen und den Willen des kurdischen Volkes als nach außen hin vertretendes Organ darstellen. Es wird schon seit langem über ein Parlament diskutiert und unser Volk hat sich diese Idee bereits zu eigen gemacht. Auch die Bedingungen dafür sind jetzt gereift. Seit über zwei Jahren wird in Südkurdistan ein parlamentarischer Versuch durchgeführt.

Unser Land ist militärisch besetzt. Unser Volk führt in allen Teilen unseres Landes einen Unabhängigkeitskampf gegen die Besatzungsmächte. Die Kolonialmacht Türkei, die eine militärische Niederlage erleidet, richtet ihre Vernichtungspolitik gegen die Zivilbevölkerung. Dorfbewohner, Unternehmer, Schüler, Intellektuelle, Politiker, Schriftsteller, Arbeiter, Frauen, Männer, Kinder — aus jeder Klasse, aus jeder Berufsgruppe und aus allen Altersgruppen werden Menschen massakriert. Abgeordneten, die mit den Stimmen unseres Volkes gewählt wurden, wird das Recht auf Leben nicht gewährt.

Mehr als die Hälfte der Bewohner Kurdistans wurden so aus ihren Heimatorten vertrieben. Unter diesen Voraussetzungen kann ein Parlament, welches den Willen des kurdischen Volkes vertreten soll, nicht im Inland seine Tä-

tigkeit aufnehmen. Aus diesem Grund ist es notwendig, das Parlament im Ausland zu gründen. In der Vergangenheit haben Völker, die unter ähnlichen Umständen lebten, ihre ersten Parlamente im Exil gegründet, wie zum Beispiel im 2. Weltkrieg die Polen, 1958 die Algerier. In jüngster Zeit haben die Palästinenser und der ANC sich organisatorisch auf breiter Basis auch im Ausland etabliert.

Mit den Vertretern der im Exil lebenden kurdischen Patrioten soll ein erster Schritt zu einem Exilparlament getan werden. Parallel hierzu werden in unserer Heimat Regionalparlamente gegründet. Das Exilparlament und die Regionalparlamente werden sich im sich befreien Kurdistan vereinigen

müssen sich das Recht auf eine kurdische Staatsangehörigkeit schaffen und darüber entscheiden können, ob sie Krieg oder Frieden wollen. Dieses Vorhaben kann nur ein Parlament, das das Volk Kurdistans repräsentiert, ins Leben rufen.

Das kurdische Exilparlament lehnt jede ausländische Besatzungsmacht in unserem Land ab. Es legitimiert, unterstützt und entwickelt den nationalen Befreiungskampf, den unser Volk gegen die Besatzer führt.

Das kurdische Exilparlament stützt sich auf Kurdistan und den nationalen Befreiungskampf, schützt und entwickelt die Existenz unseres Volkes im Ausland und beschließt die dazu notwendigen Gesetze.

benden Menschen zu verkörpern, deren Heimat Kurdistan ist. Es wählt Durchführungsorgane und bildet Kommissionen zur Realisierung und Kontrolle der von ihm erlassenen Gesetze.

Das kurdische Exilparlament beschäftigt sich mit den politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Beziehungen und Bildungsfragen der im Ausland lebenden Menschen aus Kurdistan. Es entwickelt ein Staatsbürgerschaftsgesetz und vertritt dementsprechend unser Volk.

Die offizielle Sprache ist kurdisch.

Das kurdische Exilparlament wird der erste Schritt zu einem kurdischen Nationalkongress sein. Es ist offen für jede nationale Politik und Institution, die in der Lage ist, einen Teil der Bevöl-

kerung Kurdistans zu vertreten, und es wird alle diese Kräfte zusammenfassen und sich nach den Interessen der Nation richten. Es wird seine Pflicht wahrnehmen, den kurdischen Nationalkongress und das Nationalparlament, das als höchstes Organ die ganze Nation vertreten soll, vorzubereiten.

Das kurdische Exilparlament unterscheidet die in Kurdistan lebenden Menschen nicht nach Nation, Sprache, Religion, Konfession und Geschlecht. Es ist offen für alle Menschen, die ein freies Kurdistan anstreben und die für den nationalen Unabhängigkeitskampf eintreten.

Das kurdische Exilparlament bringt den freien Willen der Menschen aus Kurdistan zum Ausdruck, die sowohl in Kurdistan als auch im Exil leben.

In diesem Rahmen werden dem Parlament die gewählten Volksvertreter im Exil, die sich im Exil befinden Abgeordneten und Bürgermeister, die schon früher gewählt und heute dem nationalen Unabhängigkeitskampf dienenden Mitglieder des kurdischen Nationalparlaments und die sich im Exil befindlichen Funktionäre der DEP angehören.

Da in unserem Land die Voraussetzungen für den Ausdruck des freien Willens und die Wahl der Vertreter des Volkes nicht gegeben sind, wird das Volk unter der Kontrolle und Vermittlung unserer im Exil bestehenden nationalen Organisationen seine Vertreter wählen.

Aufgrund der oben erwähnten Tatsache, daß das kurdische Volk ein Parlament benötigt, wurde zu dessen Gründung ein Vorbereitungskomitee gebildet. Dieses besteht aus gewählten Vertretern unseres Volkes, aus Vertretern nationaler Organisationen und Persönlichkeiten, die für den nationalen Befreiungskampf eintreten.

Das Vorbereitungskomitee ist unter folgender Kontaktadresse zu erreichen:

c/o BIS / DEP  
129, Avenue Louise  
1050 Bruxelles  
Belgique  
Tel. (0032)-2-539 30 33  
Fax: (0032)-2-539 38 87

12. Januar 1995

# „Eine Institution bilden, die das Volk vertritt“

**Erklärung des Vorbereitungskomitees für das kurdische Exilparlament, Brüssel, 12. Januar 1995**



**Versammlung der Guerilla in Nord-West-Kurdistan. Auch in Kurdistan selbst sollen Repräsentanten für das künftige kurdische Nationalparlament gewählt werden. Sie werden aber wegen des türkischen Staatsterrors nicht offen arbeiten können.**

und dort ihre Arbeit forsetzen.

Zur Zeit leben etwa 12 Millionen Kurden außerhalb ihres Landes, in verschiedenen Staaten zerstreut. Allein in der Türkei wurden ca. 10 Millionen Menschen umgesiedelt bzw. vertrieben. Hauptgrund für die Trennung von unserem Land ist eine Besetzung. Im Ausland haben wir ein großes nationales Potential. Diese Menschen, die eng mit ihrem Land verbunden sind, haben das Bedürfnis nach einem Parlament, das ihren geeinten und gemeinsamen Willen zum Ausdruck bringt. Mit dem Exilparlament wird unser Volk sein eigenes Recht schaffen und einen offiziellen Status erreichen.

Die in Kurdistan lebenden Völker müssen eine Körperschaft hervorbringen, die sie international vertritt. Sie

Das kurdische Exilparlament handelt entsprechend dem nationalen Willen des kurdischen Volkes, der in einem Referendum zum Ausdruck kommen wird.

Das kurdische Exilparlament bringt den nationalen Befreiungskampf der Kurden an die internationale Öffentlichkeit und entwickelt Beziehungen zu Regierungen und internationalen Institutionen. Es organisiert alle diplomatischen und politischen Beziehungen.

Der wichtigste Grund für die Existenz des kurdischen Exilparlaments besteht darin, die in Kurdistan lebenden Völker und ihren Freiheitskampf auf legitimer und völkerrechtlicher Basis zu vertreten.

Das Parlament ist die höchste Instanz, um den vereinten Willen der sowohl im Exil als auch im Inland le-

# Öffentlicher Dienst: Ein Gesetz zum Tarifbruch

**Die ÖTV soll per Gesetz gezwungen werden, untertarifliche Zahlung als „Tarif“ anzuerkennen**

Letztes Jahr hat die alte und neue Bundesregierung mit dem sog. „Beschäftigungsförderungsgesetz '94“ (= BeschFG 94, in Kraft seit 1.8.94) ein Gesetz verabschiedet, das u.a. stark ins Arbeitsförderungsgesetz (AFG) eingreift und dort wiederum neben anderen den wichtigen Punkt untertarifliche Bezahlung für Beschäftigte in Maßnahmen des „2. Arbeitsmarkts“ vor sieht. Unmittelbar betroffen davon sind Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sowie Lohnkostenzuschuß(LKZ)-Maßnahmen nach den §§ 249h und 242s AFG, aber die mittelbaren Auswirkungen sind:

- a) Aushöhlung der Tarifautonomie,
- b) erzwungene Flucht der Maßnahmenträger aus Flächentarifen (soweit vorhanden) in abgesenkte Sondertarife / Haustarife,
- c) entsprechender Druck auf die Tarifbindung im Öffentlichen Dienst.

Bisher waren die Beschäftigten dieses 2., d.h. des AFG-geförderten, Arbeitsmarkts vor die Alternative gestellt: entweder untertarifliche Bezahlung (mindestens 10% Lohnabstand) bei Vollzeit oder aber Zwangs-Teilzeit (maximal 80% der normalen Arbeitszeit) zum regulären Tarif. Da dieses Manöver politisch zu durchsichtig ist und auch verfassungsrechtlich angegriffen wurde, hat sich die Bundesregierung etwas anderes einfallen lassen.

Das durch das „Beschäftigungsförderungsgesetz 94“ geänderte Arbeitsförderungsgesetz regelt nicht mehr direkt den Lohn bzw. das Gehalt von Beschäftigten von AB- und LKZ-Maßnahmen. Vielmehr wird lediglich die Höhe der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit (= BA) – mit anderen Worten, die Zahlungen der Arbeitsämter an die Maßnahmenträger – davon abhängig gemacht, daß höchstens 90% des Entgelts vergleichbarer nichtgefördeter Tätigkeiten berücksichtigungsfähig sind. Die Maßnahmenträger, deren Personalkosten ohnehin meist nur z.T. von der BA gefördert werden, stehen nun vor dem Dilemma: entweder vollen Tariflohn bei entsprechend höherem Eigenanteil zu zahlen oder aber die Flucht aus dem Tarifgefüge anzutreten. Dies ist quasi eine freie unternehmerische Entscheidung des Trägers, für die die BA keine Verantwortung trägt, wenn sie auch ökonomischen und politischen Druck ausübt ebenso, wie sie selber unter politischem und ökonomischem Druck durch die Bundesregierung steht, seit Blüm dazu ermächtigt ist, den Haushalt der BA über die Köpfe der Selbstverwaltung hinweg festzusetzen.

Grundsätzlich ist es sowohl bei AB- als auch bei LKZ-Maßnahmen dem Träger theoretisch unbenommen, freiwillig das volle tarifliche Entgelt zu zahlen; tarifgebundene Träger müssen dies sogar, ob es ihnen paßt oder nicht. Beim LKZ gilt jedoch noch eine besondere Finnesse im Vergleich zu ABM: Wenn ein ABM-Träger von sich aus oder aufgrund von Tarifgebundenheit mehr als das berücksichtigungsfähige Entgelt zahlt, hat dies keine Auswirkungen auf die Höhe der Förderung, es könnte allenfalls sein, daß das Arbeitsamt für solche Träger gar keine Maßnahme bewilligt. Wenn jedoch ein Träger von 249h- oder 242s-Maßnahmen das berücksichtigungsfähige Entgelt überschreitet, wird der o.g. fixe Fördersatz von rd. DM 2.000,- mtl. um einen entsprechenden Betrag gekürzt, d.h. solche Träger werden noch zusätzlich dafür „bestraft“, daß sie vollen Tarif zahlen!

Damit fördert die BA also systematisch diejenigen Träger, die entweder unter Tarif zahlen oder aber erst gar keine Tarifbindung eingehen.

## Der Trick: Indirekter Eingriff in die Tarifautonomie

Der Trick besteht alles in allem darin, die Löhne und Gehälter der ABM-/LKZ-Beschäftigten formal unangetastet zu lassen, jedoch die Höhe der Förderung an den Träger (die ja im Ermessen der BA steht) davon abhängig zu machen, daß dieser die regulären Flächentarife unterschreitet. In die Tarif-

Ansinnen, doch umgehend spezielle Haustarife (mindestens) 10% unter dem jeweiligen Flächentarif zu vereinbaren.

Dies ist besonders fatal im öffentlichen Dienst, weil dessen Tarifverträge (der BAT für Angestellte und BMT-G II für Arbeiter/-innen) ohnehin ABM-Kräfte aus dem Geltungsbereich ausschließen. Daß dies für die Beschäftigten nach § 249h und § 242s nicht gilt, ist den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes ein Dorn im Auge: Sie fordern in den Manteltarifverhandlungen, die entsprechenden Ausschlußklauseln zu erweitern und generell – sozusagen schon im Vorgriff auf evtl. kommende Paragraphen – Beschäftigte in AFG-geförderte-

verträgen kein Blumentopf zu gewinnen – dafür reicht einfach die gewerkschaftliche Kampfkraft in diesen Bereichen nicht aus; und den scheinbaren Gelegenargumenten ist folgendes entgegenzuhalten:

Erstens geht es nicht um die Schaffung echter Arbeitsplätze, sondern nur um vorübergehende ABM-/LKZ-Stellen, die z.T. sogar echte Arbeitsplätze gefährden. Zweitens mögen zwar diese oder jene einzelnen ABM-/LKZ-Stellen nicht zustandekommen; aber insgesamt hängt die Zahl dieser Stellen von der Gesamtmenge der verfügbaren Fördermittel im Haushalt der BA ab. Es geht nicht darum, diese Gelder auf möglichst viele Köpfe zu verteilen, sondern sie beschäftigungspolitisch sinnvoll einzusetzen! Wenn ein bestimmtes Projekt wirklich an den Tarifen scheitert, dann wird dafür eben irgendein anderer Träger irgendwo eine andere Stelle einrichten können – unter Strich kommt in etwa der gleiche arbeitsmarktpolitische Effekt zustande.

Allerdings wird es sich nicht vermeiden lassen, daß im Zuge einer großen Verschiebung der Trägerlandschaft auch so manches gute Projekt stirbt. Ergebnis wird wahrscheinlich eine Spaltung dieser Landschaft sein: Auf der einen Seite wenige große, finanziell potente Träger, die einen relativ hohen Eigenanteil aufbringen und sich Tarifbindung „leisten“ können; auf der anderen Seite viele kleine Träger, die ihre Beschäftigten ohne jegliche Rücksicht auf Tarife ausbeuten.

Die befürchtete Beschädigung des gewerkschaftlichen Images in der Öffentlichkeit nach dem Motto: „Gewerkschaft insistiert stur auf Tarifen – Langzeitarbeitslose dürfen nicht arbeiten“ wäre allenfalls dann zu vermeiden, wenn die anstehenden tarifpolitischen Entscheidungen für oder gegen Haustarifverträge durch Willensbildung an der Basis demokratisch legitimiert würden. Dies bietet wohlgerne keinerlei Gewähr dafür, daß dabei auch die jeweils politisch richtige Entscheidung getroffen wird – ganz im Gegenteil, die Gefahr, der Erpressung nachzugeben und kurzfristig Haustarifverträge abzuschließen, wäre wohl eher größer. Immerhin ließe sich auf diesem Wege die gewerkschaftliche Position leichter rechtfertigen; hier rächt es sich nun, daß es lange Zeit versäumt wurde, geeignete Strukturen zur Einbindung von Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten in die organisatorische Willensbildung zu schaffen.

Abschließend muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Bundesregierung mit langem Atem eine weitere Strategie verfolgt, Flächentarife mit tels des Arbeitsförderungsgesetzes zu „knacken“, gegen die die hier beschriebene Taktik bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüssen lediglich die Spitze eines Eisbergs darstellt: Sollte die langgehegte Absicht verwirklicht werden, den Bezug von Arbeitslosenhilfe auf maxima zwei Jahre zu begrenzen, würden zu einem Schlag ca. eine Viertelmillion zu sätzliche Sozialhilfeempfänger produziert, die zwangsläufig entweder Schwarzarbeit oder in Billigjobs drängt würden. Die bereits jetzt vorhandenen Möglichkeiten, die das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) „Zwangarbeit“ eröffnet, würden ein weiteres wirkungsvolles Instrument zur Tarifflucht (nicht nur aus dem Öffentlichen Dienst) schaffen!

— (Tibor)



autonomie wird somit „nur“ indirekt eingegriffen. Zwar widerspricht dies der gesetzlichen Bestimmung des § 16 AFG, wonach die BA am Zustandekommen von Arbeitsverhältnissen zu tarifwidrigen Bedingungen nicht mitwirken soll; aber dieses kleine Problem der Rechtsbeugung wurde (ganz im Sinne der herrschenden Logik) mit juristischem Scharfsinn einfach hinwegdefiniert: In der neuesten Fassung der ABM-Anordnung vom 25.11.94 wurde jeglicher Verweis auf tarifliches oder auch nur ortsübliches Arbeitsentgelt ersatzlos gestrichen. Stattdessen gelten die allgemeinen Vermittlungsgrundsätze ohne weiteres als erfüllt, wenn das tatsächlich gezahlte Arbeitsentgelt den förderungsrechtlich berücksichtigungsfähigen 90% vom regulären Tarif entspricht.

Die Folge ist, daß die Maßnahmenträger – soweit sie überhaupt einschlägigen Tarifverträgen unterliegen bzw. sich an diesen orientieren – entweder bestrebt sind, ganz aus dem (ohnehin recht kleinen) tarifierten Bereich zu fliehen oder zumindest abgesenkte Sondertarife zu vereinbaren. Dies ergibt sich zwangsläufig aus der Konkurrenz der Träger untereinander und ihrem Bestreben, einen möglichst niedrigen Eigenanteil mit einer möglichst hohen BA-Förderung zu kombinieren. Daher hat die Bundesregierung ihre Absicht schon insofern erreicht, als z.Zt. ABM- und LKZ-Träger reihenweise an die Gewerkschaften herantreten mit dem

ten Arbeitsverhältnissen der Tarifbindung zu entziehen.

## Die Gewerkschaften stehen vor einem Dilemma

\* Schließen sie um 10% verminderte Haustarifverträge ab, dann werden ihnen viele Mitglieder (zu recht) den Vorwurf machen, daß sie Arbeitslose unter Tarif arbeiten lassen, ohne daß dadurch echte Dauerarbeitsplätze entstehen. Schlimmer noch – es werden reguläre Arbeitsplätze (hauptsächlich im öffentlichen Dienst) vernichtet, und die Flächentarife geraten allmählich immer mehr unter Druck.

\* Schließen sie jedoch keine verminderten Haustarifverträge ab, dann werden sich viele Mitglieder beschweren, daß „die“ Gewerkschaft das Zustandekommen ihrer ABM-/LKZ-Stellen torpediert. In der (ver)öffentlichten Meinung wird es dann wieder einmal heißen, die Gewerkschaften verhindern mit ihrer starren Haltung die Entstehung von Arbeitsplätzen.

So oder so wird die Bundesregierung mit dem Ergebnis ihrer Politik sehr zufrieden sein!

Einen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nicht, dennoch sollte die Entscheidung klar sein: die erste Alternative ist eine mittelfristig verheerende Lösung, die negativen Konsequenzen der zweiten kann und muß man in Kauf nehmen. Tatsächlich ist mit Haustarif

Von den deutschen Medien und der Öffentlichkeit nur mit geringer Aufmerksamkeit bedacht, fanden vom 26. bis 29. 10. 1994 in Mozambique unter Aufsicht der UNO Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt.

Hauptprotagonisten waren die regierende, linksgerichtete Frelimo-Partei, die im Ergebnis des von ihr geführten Kampfes gegen die portugiesische Kolonialherrschaft 1975 die Regierungsgewalt übernahm, sowie die Renamo, die versucht, sich aus einer nach der Unabhängigkeit von imperialistischen Geheimdiensten installierten, rechtsgerichteten Guerillaorganisation in eine politische Partei umzuwandeln. Des weiteren traten 12 sogenannte unbewaffnete, politische Parteien bzw. Gruppierungen an, die aber außer Kritik an Frelimo und Renamo bisher kaum eigenständige programatische Alternativen darstellen.

Im Oktober 1992 wurde in Rom ein Friedensabkommen zwischen Frelimo-Regierung und Renamo unterzeichnet, das beiderseitig als Ausgangspunkt für nationale Aussöhnung und friedlichen Wiederaufbau des Landes betrachtet wird. Gleichzeitig beschloß der UN-Sicherheitsrat mit Resolution 797 die Aufstellung einer aus 8000 Soldaten und Zivilisten bestehenden UNOMOZ-Truppe zur Überwachung des Abkommens, Sicherung der Transitkorridore, Kontrolle der Demobilisierungslager der bewaffneten Kräfte beider Seiten sowie der Vorbereitung und Unterstützung erster Mehrparteidewahlen. Nach Durchführung der Wahlen und mit Ablauf des Mandates am 15. 12. 1994 verließ das Kontingent das Land.

Laut neuester IWF-Statistik ist Mozambique – nicht zuletzt als Folge skrupelloser bewaffneter Auseinandersetzung und 500-jähriger Kolonialherrschaft – mit einem Pro-Kopf-Bruttonzialprodukt von 80 US-\$ das ärmste Land der Welt. 80% des Staatshaushaltes beruhen auf Schenkungen bzw. äußeren Finanzierungsquellen.

Mit dem Wahlsieg des ANC im April 1994 im Nachbarland Südafrika veränderte sich die Perspektive der gesamten Region: Das einstige Zentrum der Destabilisierung gilt heute als regionaler Hoffnungsträger. Doch das Land ist sehr stark durch die Hinterlassenschaft der Apartheid geprägt. Im aktuellen innenpolitischen Umfeld Südafrikas ist die Durchsetzung einer tatsächlich gleichberechtigten regionalen Zusammenarbeit auch für die neue Regierung eine nur schwer lösbare Aufgabe.

#### Wahlsieg der Frelimo, aber Renamo auch stark

In dieser Situation in Mozambique durchgeföhrten Wahlen brachten folgende Ergebnisse: Die Frelimo-Partei errang bei den Parlamentswahlen 44,3 Prozent der abgegebenen Stimmen (129

Sitze), die Renamo 37,8 Prozent (112 Sitze). Abgesehen von der Demokratischen Union, einer Listenkoalition von drei neuen Parteien, die 5,2 Prozent der Stimmen erzielte (9 Sitze), kamen alle anderen neuen politischen Vereinigungen nur auf jeweils unter 2 Prozent der Stimmen. Bei den Präsidentschaftswahlen ging der Kandidat der Frelimo und bisherige Amtsinhaber, Joaquim Chissano, mit 53,3 Prozent der Stimmen gegenüber 33,7 Prozent seines Herausforderers und Renamo-Führers, Dhlakama, als eindeutiger Sieger hervor. Die Wahlbeteiligung lag bei 87 Prozent. Wahlbeobachter sprachen durchweg von einem fairen und disziplinierten Ablauf.

Regional sind die Resultate stark polarisiert: Die Renamo dominiert die nördlichen Provinzen und vorwiegend ländliche Gebiete teils deutlicher als erwartet, während die Frelimo erwartungsgemäß die Wahlen in den südlichen Provinzen und in den größeren Städten, einschließlich der Hauptstadt,

oppositioneller Kräfte kommen würde: Präsident Chissano lehnte eine Parteienkoalition ab, befürwortete aber eine Mitarbeit von Mitgliedern der Oppositionsparteien auf individueller Basis. Die Renamo wollte ein Abkommen von Partei zu Partei und direkte Regierungsbeteiligung.

US-Botschafter Dennis Jett war offen, als er dem *Mozambique Peace Process Bulletin* (Nr. 11/13) im Vorfeld der Wahlen erklärte: „Nachdem wir eine halbe Milliarde Dollar in diesen Prozeß investiert haben, ist dies nun keine Sache mehr, die wir absegnen werden und gehen. Wir wollen einen Wechsel sehen.“ Die USA und andere „Geberländer“ drängen darauf, die Entwicklung des Landes gerade nach den Wahlen in direkter Art und Weise über Koordinierung (oder Streichung) von „Hilfsprogrammen“ notfalls vorbei an der Regierung zu beeinflussen.

Hauptzielrichtung sind dabei die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen sowie die schnelle Privatisierung

wirtschaftlichen Regulierungsmethoden wird auch das Problem ungeklärter Restituierungsansprüche enteigneter, portugiesischer wie auch südafrikanischer, ehemaliger Eigentümer an Produktionsstätten sowie an Grund und Boden weiter an Brisanz gewinnen. Viele dieser Fragen werden im Endeffekt in weiter steigender Arbeitslosigkeit ihren Niederschlag finden. Gangbare gesellschaftspolitische Alternativen sind abgesehen von zur Lösung sozial-ökonomischer Probleme dieser Dimension untauglicher IWF-Standardezepte bisher nicht auszumachen.

Einzelne, regionale Ansätze beruhen mit dem Wahlsieg des ANC in Südafrika auf dessen Absicht, die ökonomische Vormachtstellung des Landes nicht bewußt zum Nachteil der Nachbarländer auszunutzen und sind von ehrlicher Sorge um eine friedliche Entwicklung in der Region getragen. Nelson Mandelas erste Auslandsreise nach seiner Machtübernahme, für die er sogar auf eine Teilnahme am Commonwealth-Gipfel verzichtete, führte im Juli 1994 nach Maputo. So steckt durchaus beiderseitiger politischer Wille dahinter, wenn gegenwärtig südafrikanische Unternehmen ihr Engagement in Mozambique weiter ausbauen. Zum Beispiel sollen ab 1997 die Regionen Johannesburg und Natal über eine 900 km lange Gasleitung aus dem Panda-Gasfeld in Mozambique durch das südafrikanische Unternehmen Sasol versorgt werden. Nach Wiedererrichtung zerstörter Leitungsmasten sollen ebenfalls ab 1997 die Elektroenergielieferungen vom Staudamm Cabo-Bassa an den südafrikanischen Stromversorger Eskom erfolgen. Südafrikanische Firmen werden gleichzeitig sehr stark von der weiteren marktwirtschaftlichen Ausrichtung der auch regional kaum konkurrenzfähigen Wirtschaft Mozambiques profitieren. Schon jetzt erzielt Südafrika einen deutlichen Handelsüberschuss, der weiter anwachsen wird. Wanderarbeit und Transitverkehr werden wegen der Restrukturierung

des südafrikanischen Bergbaus bzw. des Ausbaus südafrikanischer Häfen bedeutend an Lukrativität für die Wirtschaft Mozambiques verlieren.

#### Westlicher Einfluß bleibt dominierend

Entgegen aller guten Absichten und bei allen positiven Effekten wird somit ein weiterer Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika auch zur Verfestigung bestehender einseitiger Dominanz, somit auch zur Etablierung westlicher vermeintlicher Lösungsvarianten für die sozial-ökonomischen Probleme des Landes und der Region insgesamt beitragen.

Dies wird um so wahrscheinlicher, je weniger die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern und in der gesamten Region politisch reguliert werden. — (mab)

# Mozambique nach den Wahlen: Wer gewinnt tatsächlich?

**Südafrikanische und westliche Firmen verstärken ihren Einfluß**



Frelimo-Anhänger in Mozambique

deutlich für sich entscheiden konnte.

Wahlsieger Chissano konnte mit diesem Votum auch seine Stellung als Integrationsfigur innerhalb der von Flügelkämpfern zwischen der (etablierten) „alten Garde“ und (jüngeren) Reformern geplagten Partei festigen. Zwar hat die Frelimo formal die Wahlen gewonnen, dennoch geht sie nicht unbedingt gestärkt daraus hervor: Im Parlament steht ihr eine Opposition gegenüber, die – falls sie sich zusammenschließt – nur über 8 Sitze weniger verfügt.

Zum anderen ist der Erfolg der Renamo nicht nur auf ethnische Fragen zurückzuführen, sondern stellt eine Absage dar an teils bürokratische, ineffiziente Strukturen der Frelimo sowie Korruption. Auch Dhlakama hat verloren: Er wollte Präsident werden und hat sich nicht um einen Parlamentssitz beworben.

Lange blieb unklar, ob es zu einer Regierung unter Beteiligung bisheriger

und „Liberalisierung“ der Wirtschaft. Bei der Analyse von Äußerungen führender Frelimo-Vertreter kommt der Eindruck auf, als unterschätzt man sowohl diese Strategie als auch deren reale Einflußmöglichkeiten.

Anfang Januar wurde die neue Regierung vereidigt, die sich ausschließlich aus erfahrenen Frelimo-Mitgliedern zusammensetzt. Deren Herausforderungen liegen vor allem im Wiederaufbau der vollkommen zerstörten Wirtschaft, die im sensiblen Bereich der von Südafrika abhängigen Infrastrukturen (Transite, Tourismus) und Wanderarbeit ihre traditionellen Einnahmequellen besitzt.

Die Hälfte der Bevölkerung des Landes ist unter 15 Jahre alt, so daß Fragen der Gewährleistung von Bildung immense Bedeutung für eine gesunde Entwicklung des Landes gewinnen. Unter Bedingungen einer scheinbar fast zwangsläufigen Hinwendung zu markt-

# Österreich — betrifft: Neutralität

**B**ei III. Treffen in Salzburg beschloß die Initiative „Offenes Forum Regenbogen“ — nach Selbstdarstellung ein „Forum von rund 70 BürgerInnen und Bürgerinitiativen, die sich im Rahmen der Anti-EU-Bewegung gefunden haben“ eine Erklärung zur Neutralität.

Die Initiative will neue Impulse zur Wahrung der Neutralität setzen und ein Forschungsprojekt (nachhaltiges Österreich: Chancen, Risiken und Perspektiven Österreichs in der EU für nachhaltige Entwicklung) initiieren. Projektleiter sind: Prof. Dr. Johann J. Hagen (Universität Salzburg), Prof. Dr. Erwin Weissel (Universität Wien) und Prof. Dr. Hans Peter Aubauer (Universität Wien).

Da die Initiative noch dringend tatsächliche und ideelle Unterstützung sucht, dokumentieren wir hier die Salzburger Erklärung.

**Neutralität muß Grundlage der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben! Erklärung des „Offenen Forum Regenbogen“ vom 17.12.1994, Salzburg**

Bis zur Volksabstimmung über den Beitritt zur EU wurde die österreichische Bundesregierung nicht müde zu betonen: Österreich wird als neutraler Staat beitreten und diesen Status beibehalten. Wenige Wochen nach dem Plebisitz steht die Neutralität offensichtlich zur Disposition. Regierung und Bundespräsident streiten über die Geschwindigkeit, das Ziel steht allerdings schon fest: „Heraus aus der Neutralität, hinein in die WEU.“

Die WEU ist ein Militärbündnis. Es handelt sich nicht um ein kollektives Sicherheitssystem, das durch internationales Zusammenwirken präventiv

Konflikte vermeiden kann. Die WEU plant die operative Zusammenarbeit der Streitkräfte der Bündnismitglieder. Die Vorstellung einer Entwicklung der WEU zum gesamteuropäischen Sicherheitssystem ist von daher ein Anschlag auf die immerwährende Neutralität. Immerwährende Neutralität ist mit Bündnisautomatik nicht vereinbar.

Im getroffenen Koalitionsabkommen und EU-Weißbuch der Regierung wird die Neutralität mit keinem Wort erwähnt; über außenpolitische Zielsetzungen findet man gleichfalls keine inhaltlichen Positionierungen.

Wir sagen: Die immerwährende Neutralität muß Grundlage der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik

**Initiative zur Wahrung der Neutralität / aus: „akin“**

bleiben. Eine Teilnahme an internationalen kollektiven Maßnahmen muß weiterhin auf dem Prinzip der uneingeschränkten Freiwilligkeit beruhen und jeder Bündnisautomatik entsagen. Vielmehr soll sie — die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik — drei Zielen vorrangig dienen: Friedenssicherung, Konfliktverhinderung, Entmilitarisierung.

Die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik hat ihre spezifische Stellung und Chance in der Vermittlung und Konfliktbeilegung. Österreich hat sich hierzu international und dauerhaft verbürgt. Ein Beitritt zur WEU wäre mit Neutralität auf jeden Fall unvereinbar und ein Völkerrechtsbruch. Wir verlangen bindende Erklärungen der Bundesregierung, daß am Institut der immerwährenden Neutralität festgehalten wird. Ein WEU-Beobachterstatus und ein Beitritt zu der NATO-Partnerschaft für den Frieden widersprechen einer kollektiven Konfliktbereinigung und den Neutralitätsverpflichtungen Österreichs. Die immerwährende Neutralität ist ein Kernelement der österreichischen Verfassung. Wir treten einem Verfassungsbruch und dem Versuch der Hinwendung zu militärischen Blöcken entschieden entgegen. Wir halten weiters fest, daß die immerwährende Neutralität angesichts der globalen Bedrohungen und der notwendigen Förderung der nachhaltigen Entwicklung mehr denn je Aktualität aufweist und Orientierung bietet.

Wir sind abschließend überzeugt: Die im Verfassungsrang beschlossene immerwährende Neutralität muß Grundlage der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben.

aus: akin, Wien (über CL)



## Kommunalwahlen in Westböhmen

**Erfolge für die Kommunistische Partei / aus dem „Vogtlandboten“ (PDS, Sachsen)**

**S**tärkste Fraktion in As, Tachov und Cheb (dort mit der bürgerlich-demokratischen ODS), zweitstärkste Partei in Sokolov, Domaslice und Plzen, in Kraslice erhielt der Spitzenkandidat die meisten Stimmen aller 109 Kandidaten — die tschechischen Kommunisten können mit dem Ausgang der Kommunalwahlen in Westböhmen zufrieden sein. Landesweit liegt die Partei hinter der ODS an zweiter Stelle, in mehr als 50 Kommunen erreichte sie die absolute Mehrheit.

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) hat sich nach den Jahren der Krise wieder stabilisiert. Insgesamt 220000 zahlende Mitglieder sind in mehr als 7500 Basisorganisationen verankert, die Partei verfügt über ein beträchtliches intellektuelles Niveau und gibt mit *Halo Noviny* weiterhin eine eigene Tageszeitung heraus.

Trotzdem zeigten auch diese Wahlen Unterschiede im Wahlverhalten der Bürger. Große Stimmengewinne verzeichneten die Kommunisten vor allem in den Industriestandorten. 19,3 Prozent waren es beispielsweise in der Bergbaustadt Sokolov, 20,2 sogar in Chomutov (Landesdurchschnitt 17,7 Prozent). Wesentlich schwerer hatten es dagegen die Kandidaten in den mehr bürgerlich geprägten Kurstädten. Vier Mandaten in Karlovy Vary stehen zwei in Mariánské Lazne und eins in Františkovy Lazne gegenüber. Dennoch sind

die Ursachen dafür nicht auf den ersten Blick erklärbar, denn in Karlovy Vary kam beispielsweise auch die sehr hoisierte ODS-Bürgermeisterin nicht mehr in den Stadtrat (eine Direktwahl des Bürgermeisters gibt es in der Tschechischen Republik nicht).

Ebenso differenziert erscheint das Bild in den westböhmischen Kleinstädten. In Plesna holte die KP 1990 sechs der 15 Mandate und stellte als stärkste Fraktion auch den Bürgermeister. 1994 teilten sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Unabhängige zu gleichen Teilen die nunmehr neun Sitze. In Skalna war die KSCM 1990 mit vier Mandaten hinter dem Bürgerforum (6) die zweitstärkste Fraktion. 1994 blieben davon noch zwei Mandate. Dagegen holten die Sozialdemokraten auf Anhieb sechs Sitze und wurden hinter der ODS zweitstärkste Fraktion. In Kraslice konnten die Sozialdemokraten sogar die meisten Stimmen auf sich vereinen. Im vergangenen Jahr waren sie bei vorgezogenen Neuwahlen erstmals mit zwei Abgeordneten ins Parlament gekommen und stellten damals überraschend den Bürgermeister, der auch die nächsten vier Jahre im Amt bleiben wird. Gleichzeitig unterstützten sie die Wahl eines Kommunisten zum Stellvertreter.

Am Beispiel der Instrumentenmauerstadt wird der Wandel der politischen Landschaft seit 1990 besonders

augenscheinlich. Vor vier Jahren war das Bild eindeutig: 15 Sitze für das Bürgerforum, je drei an die Kommunisten und an die Grünen. Aber schon Mitte 1993 zerbrach diese Konstellation. Elf Listen kandidierten bei den vorgezogenen Wahlen in November 1993, neun kamen ins Parlament. Bei den Parteien gingen drei Sitze an das bürgerliche Wahlbündnis und je zwei an die Kommunisten und Sozialdemokraten. Ein Jahr später gewannen die Sozialdemokraten die Wahl vor der ODS. Die Kommunistische Partei verbesserte ihre Position trotz der Reduzierung der Sitze von 21 auf 19 von zwei auf drei Mandate.

Was sind die Gründe für das insgesamt gute Abschneiden der Partei? Der stellvertretende Parteivorsitzende Miloslav Ransdorf verwies in einem Pressebeitrag vor allem auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation. Nach westlichen Analysen lag die CSSR 1989 beim Bruttonsozialprodukt knapp unter dem Niveau von Italien. Seither verzeichnet die Produktion Rückgänge um 40 Prozent, ist das Bruttonsozialprodukt um 20%, das Realeinkommen um mehr als 20% und die Kaufkraft der Rentner um mehr als 30 Prozent gesunken. Der Viehbestand der Landwirtschaft ist rückläufig. Viele Tschechen befürchten einen Ausverkauf der Betriebe und Rohstoffe. Zwei von drei Kaolinlagern sind bereits in deutscher Hand. Vor allem für Investo-

ren aus Westeuropa ist die Tschechische Republik derzeit interessant, konstiuierte Ransdorf, und verwies auf eine bekannte deutsche Wirtschaftszeitung die das Nachbarland wegen der europäisch qualifizierten Arbeitskräfte, der koreanischen Löhne (ca. fünf Prozent des deutschen Niveaus) und der toleranten Gewerkschaften anpricht.

Nach Umfragen vertreten beispielsweise 73 Prozent der Befragten der Standpunkt, daß die Privatisierung in der Wirtschaft den einfachen Menschen nichts bringt, 65 Prozent sind der Meinung, daß der Reichtum des Landes in fremde Hände gehe, 75 Prozent beklagen das Fehlen sozialer Sicherheiten. Mehr als zwei Drittel der Bürger befürchten für die Zukunft weitere Verschlechterungen. Erwartet werden diese bereits zum Jahresanfang, wenn die Krone frei konvertierbar wird. Man rechnet sogar damit, daß der Kurs der Krone zur DM von derzeit etwa 1:18 auf 1:30 fällt.

Diese Situation führt aber nicht automatisch zu einem Linksruck in der tschechischen Gesellschaft. Das beweisen allein schon die drei Mandate, die die rechtsgerichteten Republikaner Cheb erreichten.

Herbert Hunter, Klingenthal, „Vogtlandboten“ Nr. 1/95, Mitgliedbulletin der PDS KV Vogtland u. Plauen (über CL)

# Jemen: Sechs Monate nach dem Bürgerkrieg

Ein Interview von Radio Dreyeckland mit dem jemenitischen Journalisten Adnan Ahmad

Vor fast genau einem halben Jahr, am 6. Juli 1994, endete der Bürgerkrieg im Jemen. Seit beinahe der gleichen Zeit ist das Thema auch wieder aus den Medien verschwunden. Wir wollen heute der Frage nachgehen, was seit der Beendigung der Kampfhandlungen im Jemen geschehen ist. Außerdem hat uns interessiert, wie JemenitInnen, BeobachterInnen und auch die Einflussreichen der deutschen Wirtschaft und Politik diese Entwicklungen einschätzen.

Dazu im folgenden ein Interview mit Adnan Ahmad, einem Jemeniten, der heute in Berlin lebt und regelmäßig Kontakt in den Jemen hat. Den Beitrag hat uns freundlicherweise die Redaktion von Radio International bei „Radio Dreyeckland Freiburg“ zur Verfügung gestellt hat. Aus Platzgründen mußten wir den Beitrag jedoch erheblich kürzen. Rausgefallen ist die Beschreibung der historischen Bedingungen, die zu der jetzigen Situation führte (Darüber wurde ausführlich in Nr. 11/1994 der *Politischen Berichte* geschrieben.)

Auf die Frage: „Nach dem Sieg der Truppen des Nordens unter Präsident Saleh wurde eine Generalamnestie erlassen. Ausgenommen waren sechzehn führende Mitglieder der Sozialistischen Partei, an erster Stelle deren Präsident al Beidh. Was ist aus ihnen geworden?“ antwortete Adnan Ahmad: „Denen wurde Verrat vorgeworfen. Und das heißt, sie dürfen nicht mehr ins Land zurückkehren. Ich glaube aber nicht, daß das so ewig bleibt. Solche Kriege gab es schon immer im Jemen. Das wiederholt sich fast alle fünf Jahre. Und der Feind von gestern wird zum Freund von morgen, sobald sich die Interessen wieder anders ergeben. Dann ist er nicht mehr der Feind. Ich kann mit ihm zusammenarbeiten, um einen anderen fertig zu machen. Die jemenitische Geschichte ist voller derartiger Beispiele. Jetzt werden sie noch als Verräter angesehen, aber ich bin sicher, daß sie irgendwann verhandeln müssen. Das liegt auch im Interesse von Abdullah Saleh, weil er jetzt eine ganz starke Macht neben sich hat, die sich als Konkurrenz entwickelt, das sind die Islamisten, also Abdullah Ahmad, der Chef der islamistischen Islah-Partei u.a. Diese sind ganz stark und werden für Saleh zur Bedrohung werden, irgendwann 'mal. Er hat sie nur benutzt, damit er die sozialistische Partei ausschalten kann. Und das ist ihm teilweise gelungen. Aber jetzt wachsen die Probleme zwischen diesen beiden Mächten.“

Unser Interviewpartner beschrieb die neue Regierungskonstellation im Jemen. Der Allgemeine Volkskongress unter Ali Abdullah Saleh regiert zusammen mit der religiösen Islah-Partei. Auch die Sozialistische Partei des Südens ist noch im Parlament vertreten, erhielt sie doch bei den Wahlen vor anderthalb Jahren ein Fünftel aller Stimmen. Im Gegensatz zu der Zeit vor dem Bürgerkrieg ist sie aber nicht mehr an der Regierung beteiligt. Sie verfügt weder über Ministerposten, noch stellt sie Bezirksverwalter. Kurz, die SPJ hat keinen Einfluß mehr auf die jemenitische Politik. Es ist ausdrücklich festgelegt, daß keine Politiken im Parlament vertreten sein dürfen, die „separatistische Bestrebungen“ unterstützen. Doch natürlich interessiert uns nicht nur das Parlament.

Auf die Frage, was sich dann jetzt im Bezug auf eine neue Verfassung geändert habe, sagte Adnan:

„Die alte Verfassung des Nordjemen

wurde übernommen. Alles was früher im Süden galt, wird verändert. Zum Beispiel im Schulsystem: Im Süden waren Mädchen und Jungen in den Klassen zusammen, die Schulen waren gemischt. Jetzt wurde das geändert, es muß jetzt Schulen für Mädchen und Schulen für Knaben geben. Da gab es vor einigen Monaten Demonstrationen auf den Straßen von Aden, die gegen das neue Schulsystem protestiert haben; es wurde teilweise das alte Schulsystem des Südjemens wieder eingeführt. Es gibt weitere Nachteile für die Leute aus dem Süden, wo die Frau viele Freiheiten gehabt hat. Zum Beispiel, daß der Mann nur eine Frau heiraten durfte, das wird jetzt nicht mehr funktionieren, weil die Verfassung des Nordens erlaubt, daß der Mann vier Frauen heira-

Mehrere JemenitInnen und ausländische Beobachter sprachen davon, daß die Leute in Aden sich wie unter einer Besetzung fühlen. Jeder Krieg hat außer Toten und Verletzten auch große wirtschaftliche Folgen. Und wie in jedem Krieg leidet auch im Jemen vor allem die Bevölkerung unter diesen Folgen. Schon vor dem Ausbruch der Kämpfe war ja die Ökonomie in dem südarabischen Land nicht gerade gut. Adnan beschreibt die momentane Situation so:

„Manchmal denke ich, wie können die Leute noch leben. Ein Kilo Fisch kostete 60 Real, als ich noch da war in Aden. Und jetzt sind es 160 bis 180 Real. Und Fisch ist ein Hauptnahrungsmittel für die Leute im Jemen. Und wenn das jetzt so teuer ist wie früher Fleisch, als sich der Mensch vielleicht einmal im Monat ein Stück Fleisch leisten konnte, dann weiß ich nicht, womit sich die Menschen jetzt noch ernähren wollen. Sie können sich da nur noch mit Fladenbrot und Tee begnügen.“

Das Problem sind aber nicht nur die gestiegenen Preise für Nahrungsmittel. Ein anderer Aspekt der Kriegsfolgen ist die Zerstörung von Arbeitsplätzen. Zum einen die Beamten und Staatsbeamten:

„Die ganzen Ministerien wurden geplündert. Die Angestellten wissen gar nicht, wo sie arbeiten sollen. Die Regierung kann auch keine Gehälter mehr zahlen, weil die Regierungskasse leer ist. Ich kann mir nicht vorstellen, woher sie das Geld holen sollen.“

Ein Problem stellt die Arbeitslosigkeit erst recht für diejenigen dar, die vor dem Krieg in den Fabriken und Rafinerien des Landes arbeiteten. Denn sie sind, soweit sie im Süden des Landes waren, alle zerstört. Im Norden wurden vor allem militärische Ziele und Flughäfen angegriffen. Auch das hatte Auswirkungen. Im Norden ist die Situation ähnlich schlecht, wenn auch nicht ganz so zugespitzt. Der Regierung von Präsident Saleh fällt nicht viel Sinnvolles ein, um diese Situation zu ändern.

„Vor fünf bis sechs Wochen hat der Präsident eine Rede gehalten, und er hat den Menschen gesagt, daß sie sich nicht auf die Regierung verlassen sollen, sie sollen einfach zusehen, wie sie mit ihrem Leben fertig werden. Und er hat sogar noch dazu gesagt, eure Vorfahren sind überall gewandert, sind überall in der Welt gewesen, also wandert auch. Darin liegt die ganze Wahrheit, was er gesagt hat, daß die Lage sehr schlimm ist.“

Eigentlich ist es schwer vorstellbar, daß eine solche Regierung von der Bevölkerung unterstützt wird. Seit dem Ende des Krieges hat sich auch tatsächlich einiges verändert. Kurz nach dem Sieg stand zumindest die Bevölkerung Sanaas und des Nordens hinter der Politik des Allgemeinen Volkskongresses, seit einiger Zeit jedoch immer weniger. Dazu haben das Bekanntwerden von Korruption innerhalb der Regierung, die schlechte wirtschaftliche Situation und Reden wie die erwähnte beigebrachten. Häufig haben solche Situationen fundamentalistischen Gruppen Auf-

trieb gegeben, seien es islamische Fundamentalisten in Ägypten, Palästina, Algerien oder christliche Fundamentalisten in den USA. Sieht Adnan im Jemen Entwicklungen in diese Richtung?

„Es sieht so aus. Die Islah-Partei ist sehr gut organisiert, sie ist eine der stärksten Parteien im Jemen. Aber weil die Leute von der Kongreßpartei die meisten Positionen im Staat besetzen, entsteht nun ein Machtkampf zwischen den beiden Parteien. Und Präsident Saleh kann diese Partei nicht mehr beiseite legen. Sie ist inzwischen auch stark genug, daß sie auch gegen ihn stehen kann. Und es wird vielleicht so ein Drama geben wie im Sudan.“

Im Exil hat sich eine „Nationale Opposition“ gegründet. Sie ließ verlauten, wenn es keine Verhandlungen mit ihnen gäbe, werde sie zur Not auch bewaffnet um die Macht kämpfen. Wie groß die Unterstützung unter der Bevölkerung für diese Gruppe ist, läßt sich schwer sagen. Jedenfalls haben die Beteiligten es geschafft, in den letzten Tagen viele Waffen aus dem Land zu schaffen, was ihnen einen solchen Kampf ermöglichen würde. Auf der anderen Seite ist die Bevölkerung des Südens auch einfach müde und will nicht mehr kämpfen. Adnan sagte auf die Frage nach der Unterstützung einer solchen Opposition auch:

„Die Menschen denken sich, eigentlich habe ich nichts zu verlieren, schlimmer kann es nicht werden. Und deshalb besteht die Möglichkeit, daß dort eine Untergrundorganisation entsteht. Soviel ich weiß, gibt es auch jeden Abend solche Zwischenfälle, wo Soldaten aus dem Norden erschossen werden. Freunde, die im Krankenhaus arbeiten und solche Fälle immer bekommen, haben davon berichtet.“

Interessant sind die Meinungen der Bundesregierung und des Handelsblattes. In der Woche im Bundestag vom November 1994 ist der Schuldige am Bürgerkrieg klar: Unter der Überschrift „Demokratische Strukturen im Jemen unterstützen“ ist folgende Einschätzung zu lesen:

„Trotz weitgehender Zugeständnisse des Vorsitzenden des jemenitischen Präsidialrates Saleh sei Vizepräsident al Beidh nicht bereit gewesen, sich mit dem durch das Wahlergebnis deutlich gewordenen Machtverlust abzufinden, um mit der Regierung konstruktiv zusammenzuarbeiten. Er habe schon vor dem Ausbruch der eigentlichen Krise maßgeblich zur Erosion der Staatsgewalt und zur Unregierbarkeit Jemens beigetragen. Durch seine offen sezessionistischen Ambitionen habe al Beidh Staat und Regierung herausgefordert und eine friedliche Lösung unmöglich gemacht.“

Daß Präsident Saleh der „Gute“ ist, ist somit klar. Was vergangene und zukünftige Geldzahlungen problemlos möglich macht. Im Jahr des Bürgerkrieges leistete die BRD 700 000 DM humanitäre Hilfe und in den Jahren 1992-94 vier Millionen Mark Militärhilfe für die jemenitische Armee. Ein Offizier und ein Feldwebel der Bundeswehr befanden sich von Januar 1992 bis Mai 1994 als Berater im Jemen. Mittel September letzten Jahres kehrten sie zurück, um ihren Auftrag bis mindestens zum 30. Juni dieses Jahres fortzuführen. Daß Menschenrechtsverletzungen und Inhaftierung von Oppositionellen kein Thema für die BRD-Regierung und erst recht kein Asylgrund sind, ist sicher.



# Beschäftigungsgesellschaft für Nokia – warum zog die Belegschaft nicht mit?

Eine Veranstaltung des „Cannstatter Aktionskreises für Arbeitsplätze“ zu Nokia Esslingen

**A**m 6. Dezember 1994 berichteten bei einer Veranstaltung des Cannstatter Aktionskreises für Arbeitsplätze Ilona Dammköhler, Sekretärin der IG Metall Esslingen, und Harald Grill, Betriebsrat bei Nokia Esslingen, vom Versuch, über eine Beschäftigungsgesellschaft die Nokia-Beschäftigten vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Engagiert und ehrlich wurde berichtet und diskutiert.

Im März 1994 verkündete Nokia den Ausstieg aus der Produktion von Bildröhren und suchte etwa einen Monat lang nach Käufern, u.a. waren Matsushita, Daewoo und Samsung im Gespräch; auch der Betriebsrat hoffte auf eine solche Lösung, dann aber kam Skepsis auf und ein Arbeitskreis „Alternative Produktion“ wurde gegründet. F. Iwer vom IMU-Institut wurde als Sachverständiger hinzugezogen. Damit kam das Modell Beschäftigungsgesellschaft in die Diskussion und wurde von der Firma auch ermutigt; sie erklärte sich bereit, einen Betrag in der Größenordnung von 25 Millionen Mark dazu bereitzustellen, ein weiterer Teil der Finanzierung wäre durch Strukturkurzarbeitergeld vom Arbeitsamt abgedeckt gewesen, weitere Geldquellen hoffte man beim Landkreis erschließen zu können, der durch eine Beschäftigungsgesellschaft auf die Dauer Sozialhilfe gespart hätte. Der Rechtsanwalt Jörg Stein, der die Beschäftigungsgesellschaft für die Burkhardt & Weber-Beschäftigten in Reutlingen unter Dach und Fach gebracht hatte, wirkte beim Entwurf eines Vertrags mit. Realistischerweise diskutierte die Arbeitnehmerseite die Beschäftigungsgesellschaft als letzte Chance und nicht als Wunschlösung.

Das größte Problem: 1100 der 1700 Beschäftigten sind Un- und Angelernte, darunter viele Frauen, die auf dem regionalen Arbeitsmarkt bei 8,5% Arbeitslosenquote keine andere Chance finden. Die Belegschaft stammt aus 36 Nationen; um hinreichend vielen Kolle-

gInnen das Modell Beschäftigungsgesellschaft im Vergleich zur Auszahlung der Abfindung zu erklären, hätte es Scharen von Dolmetschern gebraucht. Ganz anders ist die Lage bei Burkhardt & Weber, wo die Beschäftigungsgesellschaft von gut qualifizierten Facharbeitern getragen wird, die an andere Betriebe ausgeliehen werden können.

Das zweite Problem war der Zeitdruck, unter den der Betriebsrat und die IG Metall gesetzt wurden. Betriebsrat und IG Metall wurden gezwungen, in wenigen Verhandlungstagen über Zustimmung oder Ablehnung eines Modells zu entscheiden, das mit der Belegschaft unzureichend diskutiert worden war; das Erreichte war kein Kampfergebnis, mit dem sich die Belegschaft identifizierte. Die Anpassung des Modells auf die Bedürfnisse der KollegInnen kam zu kurz. Der Referent sah selbstkritisch, daß die Empfindlichkeit der Firma in Fragen ihres Images nicht genügend ausgenutzt worden war, um sich diesem Zeitdruck zu entziehen und die notwendigen Diskussionen zu führen.

In der Diskussion war die Produktion flacher Bildschirme mit LCD-Technik, für die sich Daimler als Käufer interessierte; das Patent dafür sollte die Betriebsleitung der Beschäftigungsgesellschaft überlassen. Damit hätte man aber nur etwa 100 Arbeitsplätze sichern können, und eigentlich wollte die Geschäftsführung lieber das Patent zu Geld machen.

Gleichzeitig überlegten sich die Beschäftigten, wieviel Geld Interessenausgleich und Sozialplan für jeden bringen würde. Viele verloren bei den Beiträgen, um die es ging, aus dem Blickfeld, wie lange Zeit sie nur von diesen Beträgen würden leben müssen; klar war nur: die Abfindung – oft um 50000 DM – würden sie bar auf der Hand haben, die Beschäftigungsgesellschaft war eine unsichere Sache. So kam es zu einer Unterschriftensammlung für die

Auszahlung des als Anschubfinanzierung der Beschäftigungsgesellschaft gedachten Betrags und zu einer stürmischen Betriebsversammlung.

Das Ergebnis: von den angebotenen 25 Millionen Mark sollen 24 Millionen als Abfindungen verteilt werden, die restliche Million wird einer kleinen Beschäftigungsgesellschaft mit etwa 20 Beschäftigten zur Verfügung gestellt, vor allem KollegInnen, die noch einige Monate Beschäftigung für ihren Rentenanspruch brauchen. In der Öffentlichkeit konzentriert sich nun die Kritik auf die Beschäftigten, die sich ihre Arbeitsplätze abkaufen lassen, anstatt auf den Arbeitgeber Nokia, der mit anderen Produkten gutes Geld verdient. Nokia kann sich aufgrund des geschilderten Ablaufs ohne Imageschaden aus der Affäre ziehen. Die Spaltung der Belegschaft ist erfolgreich gelungen.

Ganz neu war bei der Veranstaltung noch die Nachricht: Nokia wird doch an Matsushita verkauft! Während in Zeitungen Hoffnung auf Übernahme der Beschäftigten gemacht wurde, hat Matsushita klargemacht, daß sie nur Gebäude und Maschinen kaufen und nicht die Belegschaft übernehmen will. Nokia-KollegInnen werden sich etwa ab März bewerben dürfen; ihre Betriebszugehörigkeit, alle Rechte, z.B. der

Schwerbehinderten, und ihr Betriebsrat, all das ist erloschen. Matsushita wird sich die olympiareife Mannschaft zusammenstellen können; von 1000 Arbeitsplätzen ist die Rede. Möglicherweise tritt Matsushita dem Arbeitgeberverband nicht bei und entzieht sich so der Tarifbindung. Für die Beschäftigungsgesellschaft dagegen ist die Weitergeltung des Tarifvertrags vereinbart.

In der Diskussion berichtete auch ein Betriebsrat eines anderen Betriebes von Erfahrungen mit den Illusionen, die Beschäftigte angesichts eines hoch erscheinenden Abfindungsangebots haben. Viele Abgefundene haben es inzwischen als Fehler erkannt, den Beschäftigungsanspruch freiwillig aufgegeben zu haben. Liegt hier ein Aufklärungsbedarf vor, dem sich die Gewerkschaften in gefährdeten Betrieben früher stellen müßten?

Mit dem ganzen Ablauf waren Betriebsrat, Belegschaft und IG Metall offensichtlich überfordert. Es gibt in der Region so gut wie keine Erfahrung mit dem Instrument Beschäftigungsgesellschaft, noch weniger mit einer solchen, die selbst weiterproduzieren will. Zumindest in Westdeutschland hat die Diskussion um den Sinn von Beschäftigungsgesellschaft erst begonnen (die IG Metall nennt sie lieber ABS, d.h. Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturrentwicklung). Im April 1994 gab es 142 solche Gesellschaften.

Neuester Fall einer ABS wird voraussichtlich der Digital-Ableger „Analog“ werden, der wesentlich bessere Voraussetzungen mitbringt, insbesondere eine hochqualifizierte Belegschaft, Auftragsgarantien, aber auch monatelange Kampf- und Streikerfahrung der Beschäftigten. Es ist wünschenswert, einmal an einem Beispiel zu erfahren, was eine Beschäftigungsgesellschaft unter guten Voraussetzungen bringen kann. (Siehe dazu auch metall vom 4.11.1994). — (G.M.)



## Die Jammerspirale des Herrn Schlecker

Mannheim. Immer deutlicher wird, daß sich Herr Schlecker als zu bemitleidendes Opfer verkaufen will, während die feststehenden Fakten ihn als Wolf im Schafspelz zu erkennen geben.

Das Antwortschreiben aus dem Hause Schlecker strotzt jedoch erwartungsgemäß vor Verharmlosungen und Halbwahrheiten. So wird von Schlecker gelegt, daß er systematisch unter Tarif bezahlt, im Schreiben wird daraus „eine unterschiedliche Auffassung über die Richtigkeit von Eingruppierungen“. Statt der HBV eindeutige Auskunft über die Anzahl der Filialen und die dort arbeitenden Verkäuferinnen vorzulegen, bocken die „Führungskräfte“ wie sture Esel. Sie schieben rechtliche Bedenken vor, während sie es sind, die jegliches kooperative Zusammenarbeiten mit der HBV verschleppen und damit die notwendigen Informationen für die Durchführung von Betriebsratswahlen vorenthalten. Inzwischen wird vielen klar, daß Schlecker nicht nur die Beschäftigten ausbeutet, sondern die Gesellschaft insgesamt. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart prüft der-

zeit, ob ein „Betrug zum Nachteil der Sozialversicherungsträger“ vorliegt. Bis Mitte Januar soll die Sichtung des umfangreichen Aktenmaterials dauern, dann wird man sicherlich interessante Neuigkeiten über die Praktiken des ehrenwerten Konzerns erfahren. Und dann erscheint der folgende Satz im Antwortbrief Schleckers in einem anderen Licht, denn viele potentiellen Kunden werden sich fragen, auf wessen Kosten die Sonderangebote eigentlich gehen: „Wir würden uns freuen, Sie auch zukünftig in unserem Schlecker-Markt begrüßen zu dürfen, der immer günstige Angebote für Sie bereithält.“ — (HH, KIMannheim)

## Stadt will ABM und AsS unter Tarif durchsetzen

Essen. Etliche Verbände, der Betriebsrat des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen haben gegen Kürzungen bei der Bezahlung von Leuten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen protestiert. Der Hintergrund: Seit dem 1.1.1995 erhalten ABM-Beschäftigte nur noch 90% des jeweiligen Tarifeinkommens. Diese von der Bundesregierung durchgesetzte



Rund 40 Menschen empfingen den kurdischen Marathonläufer Mustafa Tezsa am 2.1.1995 vor dem Essener Rathaus. Der Deutsch-kurdische Solidaritätsverein erklärte: „Unter dem Motto ‚Stoppt den schmutzigen Krieg in Kurdistan‘ läuft der Mustafa Tezsa von Hamburg nach Bonn (ca. 500 km). Mustafa Tezsa ist seit über 20 Jahren Langstreckenläufer und hat an vielen Wettbewerben in der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen.“ — (syb)

# CDU-Angriff auf PDS

## In NRW soll der Verfassungsschutz spitzeln

Die Landtagsfraktion der CDU will die PDS in Nordrhein-Westfalen durch den Verfassungsschutz beobachten lassen. Sie knüpft damit nahtlos an die Hetzkampagnen an, die bereits während des Europa- und Bundestagswahlkampfes im vergangenen Jahr gegen die PDS geführt worden sind. Der Antrag der CDU soll nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe, am 25. Januar, im nordrhein-westfälischen Landtag verhandelt werden.

Der CDU-Antrag ist sicher zum einen Teil des nächsten Wahlkampfes. Die Landtagswahlen in NRW sind Mitte Mai, die SPD will ihre absolute Mehrheit im Land verteidigen. Die CDU will die SPD nach rechts drängen oder den Antrag benutzen, um SPD und Bündnis 90/Die Grünen Kumpanei mit Linken vorzuwerfen. Unverfroren behauptet sie, mit der frühzeitigen Beobachtung der Republikaner durch das Landesamt für Verfassungsschutz habe das Land bewiesen, „daß der Staat auf dem rechten Auge nicht blind wird. Ein gleiches Signal ist nun auch für die parallelauflaufenden Entwicklungen im linksextremistischen Spektrum erforderlich.“

Die CDU beabsichtigt mit ihrem Antrag aber vor allem, den Aufbau und die Festigung der PDS in Nordrhein-Westfalen zu verhindern. Der Antrag ist zwar schlampig erstellt, aber zielgerichtet. Im ersten Teil versucht die CDU nachzuweisen, daß die PDS eine „Führungsrolle“ im linksextremistischen Spektrum einnehme, weil sie am Roten

### Schlampig erstellte Hetze im Landtag

Tisch die Aufstellung von Kandidatenlisten für die Wahlen im Jahr 1994 erörtert habe, weil Heike Krause, die Verteidigerin von Christian Klar und Rolf-Clemens Wagner, als Direktkandidatin für die PDS kandidiert habe, und weil die PDS Köln „Nähe zum RAF-Umfeld“ zeige, denn sie habe die gleiche Anschrift wie der GNN-Verlag. Dieser veröffentlichte die Zeitschrift „Geheim“ und das „Angehörigen-Info der RAF“.

Außerdem habe die PDS an der Vorbereitung der Demonstration gegen den EU-Gipfel in Essen teilgenommen.

Diese Argumente der CDU fußen zu großen Teilen auf den Erkenntnissen der „Kommunismusforscher“ Jürgen P. Lang und Patrick Moreau, die im Auftrag der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung antizonalistische Argumentationshilfen für die Unionsparteien erstellen, mit dem Schwerpunkt PDS.

Aus den obigen Erkenntnissen schließt die CDU-Fraktion im Landtag, es lägen „tatsächliche Anhaltspunkte“ dafür vor, daß die PDS in Nordrhein-Westfalen Ziele verfolge, „die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten ...“. Der Zeitpunkt der Bedeutungslosigkeit der PDS im Lande sei längst vorbei, denn: „Außerdem steht die politische Bedeutung der PDS in keinem Verhältnis zu ihrer in NRW geringen Mitgliederzahl. Bei der Bundestagswahl 1994 erhielt die PDS in NRW über 100000 Zweitstimmen.“

Die Landesregierung soll die PDS beobachten lassen, um „die drohende Bildung und Verfestigung eines Sammelbeckens für linksextremistische Verfassungsfeinde, Kommunisten und ‚autonome‘ Gewalttäter verhindern zu können“. Damit richtet sich die CDU gezielt gegen die Zusammenarbeit der PDS mit anderen Teilen der Linken und versucht, einen Grundsatz der PDS umzukippen, den viele Mitglieder als wichtige Errungenschaft ansehen: den politischen Pluralismus in der PDS, der verschiedene sozialistische Strömungen und Ansätze zuläßt und wünscht.

Der geschäftsführende Landesarbeitsausschuß des Landesverbandes der PDS wandte sich mit einem Schreiben an alle Fraktionen des Landtags und die Mitglieder des zuständigen Landtagsausschusses, in dem die Anwürfe zurückgewiesen werden und der Landtag aufgefordert wird, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen. Nebenstehend dokumentieren wir Auszüge aus diesem Brief. — (uld)

Kürzung will die Stadtspitze auch auf das „Ausbildungsprogramm „Arbeit statt Sozialhilfe“ übertragen. Abgesehen von den finanziellen Folgen für die Betroffenen werden dadurch Verbände wie die AWO unerträglich unter Druck gesetzt: Der AWO-Haustarifvertrag verbietet untertarifliche Bezahlung. Die Folge ist die mögliche Streichung von 100 AsS-Stellen. Auch das DRK hat mit der Streichung von ABM-Stellen gedroht, falls der Betriebsrat der Lohnkürzung nicht zustimmt. — (wof)

## Hunderte Ermittlungsverfahren wegen Demonstration in Worms

**Worms.** Mindestens 200 Vorladungen hat der Staatsschutz im ganzen Bundesgebiet an die Unterzeichner des Aufrufes „zur Entzäunung des Abschiebegefängnisses in Worms“ am Tag der Menschenrechte am 10. Dezember letzten Jahres verschickt. Vermutlich wird gegen alle 850 Unterzeichner wegen des Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten ermittelt. Die Demonstration wurde damals erst verboten, dann aber doch mit strengen Auflagen genehmigt. Auch gegen den Vorsitzenden der VVN/BdA NRW, Jupp Angenfort, wird ermit-

telt: „Offensichtlich macht die Justiz einen Rundumschlag. Es geht wohl darum, Bürger einzuschüchtern, die sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. Solidarität zu entwickeln ist wichtig. Die Mobilisierung der Öffentlichkeit ist der beste Schutz!“ — (jöd)

### Samstags regelmäßig in den Banken arbeiten?

**Frankfurt.** ... und zwar ohne Mehrarbeitszuschläge. Denn ohne Mehrarbeit an beinahe jedem Samstag und oft auch Sonntag in den Bankzentralen würden die Geldausgabeautomaten und das immer stärker forcierte Telebanking nur unvollkommen funktionieren. So sind in vielen Bankzentralen Überstunden in diesen Bereichen in den letzten Jahren von der Ausnahme zur Regel geworden.

Über die tariflichen Zuschläge (50% am Samstag, 100% am Sonntag) hinaus haben Betriebsräte oft auch betriebliche Zusatzregelungen für den Verlust des freien Wochenendes vereinbart, so 25,- DM netto/Stunde, mindestens 100,- DM pro Samstag bei der Commerzbank oder einen zusätzlichen halben freien

### DOKUMENTIERT

## Aus dem PDS-Brief

„In Punkt I, 1. wird ein Treffen des ‚Roten Tisches‘ am 6. Juni in Leverkusen angeführt. An diesem Treffen hat weder ein Vertreter des Parteivorstands der PDS teilgenommen noch ein Vertreter des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der PDS. Über die Aufstellung von Kandidatenlisten der PDS konnte also auf diesem Treffen nicht sinnvoll gesprochen werden. Die Landesliste der PDS zu den Bundestagswahlen ist auf einer öffentlichen Landesmitgliederversammlung am 13. April in Essen gewählt worden. Die PDS kandidierte bundesweit mit offenen Listen. Jede und jeder, der das Bundestagswahlprogramm der PDS unterstützte, konnte auch für diese Offene Liste antreten. Auf der offenen Liste der PDS kandidierten in Nordrhein-Westfalen Mitglieder der PDS, Parteilose, Mitglieder der DKP und der VSP. Alle Kandidatinnen und Kandidaten sind auf ihren Listenplatz gewählt worden, niemand ‚tauchte‘ nach irgendwelchen Kuhhandeln auf dieser Liste ‚auf‘.“

Heike Krause, die Kölner Direktkandidatin auf der offenen Liste der PDS im Wahlkreis 60, ist Rechtsanwältin. Sie verteidigt viele Menschen, darunter auch Angeklagte aus der früheren RAF. Uns ist neu, daß das Recht auf einen Anwalt eigener Wahl gegen die Verfassung gerichtet sein soll. Uns scheint eher gegen den Geist der Verfassung zu sprechen, wer die Verteidigung leichtfertig zum Umfeld von Angeklagten erklärt. Frau Krause hat mehrfach öffentlich erklärt, wer sich mit der RAF auseinandersetzt, müsse sich auch mit deren politischen Aussagen befassen, ohne daß sie je zur RAF gehört hat. Sie erklärte im Wahlkampf: „Ich selbst mußte in den letzten Wochen erfahren, wie der von der CDU/CSU gekaufte Pseudo-Gutachter Moreau mich zur Befürworterin von Entführungen und Bombardierung machte, weil ich Gefangene aus der ehemaligen RAF verteidigt habe.“

Der Kreisverband der PDS in Köln befindet nicht in der Nähe des „RAF-Umfeldes“. Er hat eine Bürogemeinschaft mit dem GNN-Verlag ... Der

### Auf in die Zukunft...



auf roten Socken!

PDS

GNN-Verlag in Köln wird im Verfassungsschutzbericht NRW 1993 im Kapitel „RAF-Umfeld“ weder aufgeführt noch erwähnt. Die Zeitschrift „Geheim“ wird darin nicht als ‚linksextremistisch‘ eingestuft. Ein „Angehörigen-Info der RAF“ gibt es unseres Wissens nicht.

Zu den Anmeldern bzw. zur Leitung der Demonstration gegen den EU-Gipfel in Essen gehörte ein Mitglied des PDS-Landesarbeitsausschusses, ebenso aber auch Mitglieder anderer Organisationen, darunter ein Mitglied des Rates der Stadt Essen. Der Landesarbeitsausschuß der PDS und der Bundesvorstand der PDS haben den Aufruf zu den Protestaktionen unterschrieben, gemeinsam mit Gliederungen von Bündnis 90/Die Grünen, dem Bundesverband JungdemokratInnen/Junge Linke u.a. Dies war und ist weder rechts- noch verfassungswidrig. Ob das Verbot der Demonstration verfassungsmäßig war, prüft zur Zeit das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Anmelder ...

Der Antrag enthält an keiner Stelle Material über ‚Worte und/oder Taten‘ von Mitgliedern oder Funktionären des PDS-Landesverbandes, die verfassungsfeindliche Bestrebungen der PDS belegen.

Die frühzeitige Beobachtung der Republikaner durch den Verfassungsschutz mag den Landtags-Fraktionen sinnvoll erscheinen. Wir halten jedoch jeden Vergleich der PDS mit den Republikanern für infam. Die PDS ist weder bündes- noch landesweit verantwortlich für den Tod von Menschen, sie hetzt nicht gegen Minderheiten, und sie diffamiert keine in diesem Land lebenden Menschengruppen.“

Tag bei der Deutschen Wertpapierdaten-Zentrale. All dies möchten die Bankarbeitgeber unbedingt im Rahmen der nächsten Gehaltstarifrunde abbauen. Das Erpressungsmanöver von 1987 — Verbesserung beim Gehalt nur, wenn Verschlechterungen für einzelne Gruppen bei der Arbeitszeit hingenommen werden — soll wohl neu aufgelegt werden. Führt dies auch zu einer Neuauflage der Streiks von 1987 und 1992? — (gst)

### Personalabbau bei der Feuerwehr

**Gelsenkirchen.** Bis 1998 sollen nach dem Willen des Kämmerers 3,3 Mio. DM bei der Berufsfeuerwehr eingespart werden. Nach den Aussagen des Leiters der Berufsfeuerwehr ist bei den Sachmitteln keine Einsparung mehr möglich, es sei denn, wir kaufen keinen Sprit und keinen Schlauch mehr“. Insoweit bleibt nur der Personalabbau, so daß bis 1998 68 Feuerwehrleute weniger beschäftigt sein würden. Der Leiter der Feuerwehr hat dem Kämmerer drei Sparvarianten vorgelegt, die er aber „nicht verantworten“ möchte. Richtigerweise fordern der Personalratsvorsitzende der Stadt,

der Chef der Berufsfeuerwehr und der Vorsitzende des Kreisfeuerwehrverbandes, daß aus Gründen der Sicherheit der gegenwärtige Stand der Berufsfeuerwehr gehalten werden muß. — (scm)

### Burschenschaftstreffen verhindert

**Hamburg.** Am 18. Januar wollte sich die rechtsextreme Schülerburschenschaft albia harburgensis mit der teutonia hamburgensis in Hamburg-Harburg treffen, um den 124. Jahrestag der „Reichsgründung“ zu feiern. (Am 18.1. 1871 wurde Wilhelm I. in Versailles zum deutschen Kaiser proklamiert.) Gegen dieses Treffen mobilisierten Antifa-Gruppen v.a. aus Harburg. Angesichts der angekündigten Gegenkundgebung und weil die albia harburgensis schon bei einer Veranstaltung im Dezember mit entschlossenen Antifas Bekanntmachte, wurde die Feierlichkeit abgesagt und nach Sylt (!) verlegt. Um sicher zu gehen, daß das keine Finte ist und um den braunen Burschen zu zeigen, daß die AntifaschistInnen wachsam bleiben, fand eine Demo mit über 80 TeilnehmerInnen statt. — (F. Antifa Nachrichten)

# 4 Jahre Treuhand — Plus und Minus

Eine Nachbetrachtung aus der Sicht eines Ostdeutschen / Von Hans Luft

Zum 31.12.1994 hat Treuhandpräsidentin Birgit Breuel am Berliner Rohwedder-Haus in der Leipziger Straße, das die Nazis für das berüchtigte Göringsche Reichsluftfahrtministerium errichten ließen und wo zu DDR-Zeiten die Staatliche Plankommission und die Industrieministerien ihren Sitz hatten, selbst das Firmenschild abgeschraubt.

## Vier Nachfolgeeinrichtungen

Vier Nachfolgeeinrichtungen werden für die am 1.3.1990 gegründete Institution tätig sein:

- die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS) für das Vertragscontrolling, das über 75000 Verträge, darunter 30000 Privatisierungsverträge umfaßt;
- die Beteiligungs- und Management-Gesellschaft mbH (BMG) für die noch nicht privatisierten Unternehmen einschließlich der noch bei der Treuhand verbliebenen Kapitalanteile privatisierter Unternehmen;
- sowie die bereits seit 1991 aus der Treuhand ausgegliederte Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) für den Verkauf von 1,5 Millionen Hektar ehemals volkseigener land- und forstwirtschaftlicher Flächen und
- die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft (TLG) für rund 66700 nicht landwirtschaftlich genutzter Treuhandommobilien. Darunter zählen nicht mehr betriebsnotwendige Industrieflächen, ehemalige Militärliegenschaften, Objekte der DDR-Einzelhandelsorganisation HO, Villen, Schlösser und Bungalows — insgesamt Milliardenwerte.

Das operative Geschäft der Treuhand jedoch, die Privatisierung von 13808 Firmen und als sogenannte Kleine Privatisierungen von 23422 Läden, Gaststätten, Hotels, Apotheken, Buchhandlungen und Kinos ist zu 99 Prozent abgeschlossen, eine Aufgabe, die in dieser Größenordnung ihresgleichen in der Welt sucht. Ob deswegen Grund zu Lob und Bewunderung besteht, sieht man im Osten differenziert.

## Reprivatisierung und MBO

Niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, daß die Treuhand 4291 ehemals staatsbeteiligte und private Betriebe, die 1972 in der DDR mehr in einem Akt des Sozialneids verstaatlicht wurden, reprivatisierte. Einschließlich der Ergebnisse der Kleinen Privatisierung umfaßt die Reprivatisierung sogar 10652 Objekte. Zur positiven Bilanz der Treuhand gehört weiter, daß in 2646 Fällen ein Verkauf durch Management Buy Out (MBO) erfolgte, wobei die betreffenden Betriebe wie im Fall der aus dem ehemaligen Kreisbaubetrieb hervorgegangenen Bau Königs-Wusterhausen GmbH vor den Toren Berlins sogar von der gesamten Belegschaft gekauft wurden. Hier sind die Beschäftigten nun Arbeiter und Unternehmer zugleich, woraus sich das besondere Engagement der Mitarbeiter ergibt, die mitunter auch gut dotierte Angebote von der Konkurrenz abschlugen, nur, um im „eigenen Betrieb“ zu bleiben. Sie haben schon bisher gezeigt, daß sie überleben können, auch wenn sie es

ebenso wie die reprivatisierten Betriebe angesichts geringer Eigenkapitaldecke und schlechter Auftragslage (das Verhältnis von Auftragsangebot zu Auftragserhalt liegt in der Regel bei 10:1) nicht leicht im Wettbewerb haben.

Bis Ende 1994 waren schon 8172 Objekte aus der Kleinen Privatisierung geschlossen. Und mancher MBO-Geschäftsführer meint nicht ohne Grund, beim Verkauf an große Unternehmen von auswärts hätte die Treuhand wesentlich günstigere Konditionen eingeraumt. Erst jetzt wieder beim Verkauf des Chemiekomplexes Buna/Böhmen übernahm die Treuhand alle Verluste, die größer sind als ihr 20-prozentiger Anteil am Unternehmen, so daß sie mehrere Milliarden zuschießt. Schlagzeilen lieferte auch der Deal, der Firma Elf Aquitaine S.A. Paris die rentable Minol-Tankstellenkette als Köder für die Übernahme der Leuna-Werke — des einstmals größten Chemiebetriebes der DDR — anzubieten, deren Perspektive weiter unklar ist. Dabei gibt es in anderen westlichen Ländern wie Österreich oder Italien auch Tankstellen in staatlichem Besitz. Und niemand nimmt daran Anstoß. Schließlich erwarb die Allianz AG für nur 711 Mill. DM die aus der staatlichen Versicherung hervorgegangene Deutsche Versicherungs-AG mit Vertriebsnetz und Immobilien sowie 30 Millionen Versicherungsverträgen.

## Ostdeutsche Betriebe — Verlängerte Werkbänke des Westens

Überhaupt gibt es im Ergebnis der Privatisierungspolitik der Treuhand Großbetriebe mit Sitz der Geschäftsführung im Osten nur noch in Ausnahmefällen wie z.B. Jenoptik GmbH, die allerdings zu 100 Prozent dem Land Thüringen gehört, also Ergebnis einer formellen Privatisierung ist, die leider viel zu wenig durchgeführt wurde, obwohl das einen den Wettbewerb allseitig fördernden Eigentumspluralismus zur Folge gehabt hätte.

Sicher ist manch gewagte Privatisierung durch Verkauf an Dritte besser als der Zustand einer ungeklärten Perspektive. Andererseits führte mancher Geschäftsmann Verhandlungen mit der Treuhand nur pro forma, um an die Unterlagen der Konkurrenz zu kommen und anschließend das Unternehmen zu schließen. 3717 Unternehmen sind außer den Objekten der Kleinen Privatisierung inzwischen in Liquidation gegangen bzw. schon vernichtet.

Durch isolierten Verkauf einzelner Betriebe oder gar Betriebsstätten nach dem Prinzip „Privatisierung vor Sanierung“ wurden zu viele Unternehmen mit einem bewährten Markennamen wie Textima (Textilmaschinen) im sächsischen Chemnitz oder Fortschritt Landmaschinen Leipzig, Weimar und der Oberlausitz zerschlagen, wobei die neuen Eigentümer oft schnell den Standort aufgaben. Als ob es damit nicht genug wäre, wird noch zu Trosschluß gegen den Widerstand der Belegschaft, der Kommunen, Gewerkschaften und Kirchen das letzte große ostdeutsche Unternehmen, die aus dem Kombinat Schienenfahrzeuge hervorgegangene Deutsche Waggonbau AG (im September 1994 7777 Beschäftigte in zehn Einzelunternehmen), die sich in al-

len Stürmen der Wendezeit behauptet hatte, an eine amerikanische Finanzgruppe verkauft, wobei wiederum Industriestandorte gefährdet sind. Zugleich blieb die Chance ungenutzt, zumindest in der Großindustrie im Osten eine pluralistisch verfaßte Eigentumsordnung mit ihren Herausforderungen an die Sozialpflicht des Eigentums und eine gesunde Konkurrenz nicht nur über Kosten und Marktanteile, sondern auch bezüglich sozialer Standards und

bracht. Die Treuhand sichert als Kommanditist die Finanzierung, während als Komplementär eine Management-GmbH fungiert, deren Geschäftsführer und Gesellschafter erfahrene Unternehmerspersönlichkeiten sind, wobei sie zugleich Aufgaben einer operativen Führungsholding gegenüber den in ihr vereinigten Unternehmen wahrmimmt. Bisherige Geschäftsführer ostdeutscher Unternehmen, darunter auch frühere Direktoren Volkseigener Betriebe, kön-



ehrlichem Geschäftsgebaren zu installieren.

Es ist ein wenn auch später Schritt wirtschaftlicher Vernunft, wenn die mit dem Ende der operativen Geschäftstätigkeit der Treuhand am 31.12.1994 noch nicht verkauften 69 Unternehmen in das Bundesvermögen unter die Obhut der Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin GmbH (BMGB) übergehen. Die meisten von ihnen führen schon einige Zeit ihre Geschäftstätigkeit in Form einer Management-KG weiter. Anfang 1994 gab es fünf Management-KGs mit über 21000 Beschäftigten in 87 Einzelunternehmen, von denen inzwischen eine Management-KG leider schon wieder überstürzt an Dritte verkauft wurde. In die Management-KG wurden die einzelnen Unternehmen von der Treuhand als Sacheinlage einge-

nen so ihr Wissen und ihre Erfahrung im Kampf um das Überleben sanierungsfähiger und oft traditionsreicher Unternehmen einsetzen, was allerdings immer wieder auf Vorbehalte stieß und stößt, anfangs mancher Beschäftigter, heute einflußreicher Politiker — zum Schaden des Unternehmens und der Arbeitsplätze der Beschäftigten.

## Verluste von Arbeitsplätzen und Vermögen

Das Tempo der Privatisierung bei eindeutiger Favorisierung des Verkaufs der Großunternehmen der DDR an Käufer aus den alten Bundesländern oder dem Ausland hat zu erheblichen Verlusten

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 11:  
Treuhand ...

der Anstalt selbst geführt. Die Käufer wußten um den Termindruck, in den sich die Treuhand selbst ohne Not begeben hatte, und drückten die Kaufpreise, wobei sie noch den Rückenwind durch die Rezession nutzten. Hatte im März 1991 der damalige Treuhandpräsident Rohwedder das von der Treuhand übernommene volkseigene Vermögen noch auf über 600 Mrd. DM geschätzt, ist die jetzige Präsidentin Breuel glücklich darüber, daß sie bei einem Verlust von 260 Mrd. DM unter den Befürchtungen geblieben ist. Dieser Verlust ist nicht nur durch geringe Verkaufserlöse bis zu der symbolischen einen Mark und Verlustzuschüsse der Treuhand für künftige Investoren entstanden, sondern auch durch sehr großzügige Rückstellungen für die Neustrukturierung des Anteilbesitzes, für Übertragungs- und Entschädigungsansprüche usw. Die Rückstellungen der Treuhand machen allein 241,8 Mrd. DM aus. Dazu kommen noch 89,3 Mrd. DM Rückstellungen der Treuhandunternehmen (ohne Pensionsrückstellungen).

Insgesamt ist nach Angaben des Treuhanduntersuchungsausschusses des XII. Deutschen Bundestages die ostdeutsche Industrieproduktion auf ein Drittel ihres 1989 erreichten Umfangs gesunken und trägt nur noch 2 bis 3 Prozent zur gesamtdeutschen Industrieproduktion bei, nach Professor Sinn (Universität München) die größte Wirtschaftskatastrophe in Friedenszeiten. Von etwas über 4 Mill. Arbeitsplätzen am 1. Juli 1990 waren Ende 1994 nur noch 1,5 Millionen gesichert oder neu entstanden, so daß die jetzt einsetzende Exportkonjunktur den Osten wegen verlorengangener Produktionsstandorte allenfalls streifen und schon gar nicht neue Arbeitsplätze in Größenordnungen schaffen wird. Im Gegenteil, es werden immer wieder Mitarbeiter in den privatisierten Betrieben entlassen.

Es fehlen vor allem Anstrengungen zur Wiederbelebung des Binnenmarktes. Immer noch werden jährlich Waren im Werte von rund 250 Mrd. DM nach Ostdeutschland geliefert, aber in umgekehrter Richtung nur für 36 Mrd. DM. Jeder Ostdeutsche kaufte 1993 für rund 16000 DM in den alten Ländern ein, während der Westdeutsche für lediglich 2300 DM Ostprodukte erwarb, einfach weil sie nicht angeboten werden, weshalb sie der Verbraucher auch nicht testen kann. Die von der Treuhand im Dezember 1994 in Berlin organisierte Verkaufsausstellung für ostdeutsche Waren kam da viel zu spät.

Angesichts solcher Schieflage verwundert es, wenn Treuhandchefin Breuel ebenso wie auch der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf zu ihrer Rechtfertigung immer nur 40 Jahre „kommunistische Planwirtschaft“ bemühen. Es ist eben einfacher, die Schuld bei anderen oder in der Vergangenheit zu suchen als bei sich selbst. Weiß man, wie die altbundesdeutsche Wirtschaft jene Belastungen verkraftet hätte, die Ostdeutschland in Gestalt von Reparationen und Demontagen (bis hin zum zweiten Gleis auf den Eisenbahnstrecken) sowie der Einbindung ganzer Industriezweige in die sowjetische Hochrüstung auferlegt wurden? Im Bewußtsein des „kleinen Mannes“ jedenfalls hat eine Entzauberung des Westens längst eingesetzt.

Prof. Hans Luft war Professor an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin; er wurde „abgewickelt“, ist jetzt arbeitslos. Er ist Stadtverordneter in Berlin und war zeitweise Mitarbeiter am „Potsdam-Kolleg für Kultur und Wirtschaft“ GmbH

## Streit um Wolfgang Templin im Bündnis 90/Die Grünen

Berlin. „Führen 15 Jahre DDR-Opposition zum Antikommunismus?“ wurde während eines Treffens ehemaliger DDR-Bürgerrechtler im Dezember 1994 gefragt. Anlaß dazu gaben Aktivitäten des ehemaligen Bürgerrechtlers Wolfgang Templin, der unter einen Aufruf rechter Kreise, den „Berliner Appell“, seine Unterschrift gesetzt hatte und auch als Autor in der *Jungen Freiheit* in Erscheinung getreten war. Die im Dezember zusammengetretene Runde jedenfalls fand, daß „von dem, was nicht aus der DDR-Opposition werden sollte, Templin das extremste Beispiel“ ist. Templin seinerseits fühlte sich von dieser Feststellung keineswegs angegriffen.

Allerdings ist zu vermerken, daß antikommunistische Haltungen Templin ihn für rechte Kreise nützlich werden lassen. Unter der Flagge des „Antistalinismus“ ebnet Templin den „neuen Rechten“ offenbar den Weg.

Gibt es da etwa Parallelen zu den Ereignissen in der „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus“? (s. Politische Berichte Nr. 26, 1994) Dieser Förderverein wählte Wolfgang Templin am 9. Januar 1995 zu seinem Vorsitzenden und dieser befand auch zugleich, daß der Skandal um die ehemalige KZ-Aufseherin Margot Pietzner „aus datenschutzrechtlichen Gründen“ den Versammelten keiner Debatte wert war. Die Vereinskameraden standen ihrer Bibliotheksleiterin, die die Sache mit der Pietzner in die Wege geleitet hatte, treu und rechts zur Seite. Andere Bürgerrechtler wie Jürgen Fuchs und Katja Havemann verließen daraufhin diese Versammlung.

Nun hat der Landesausschuß von Bündnis 90/Grüne Templin aufgefordert, das Bündnis zu verlassen. Templin weist dieses Ansinnen von sich und sagt, daß er überhaupt nicht daran denke, diesen Schritt zu tun. Überhaupt nicht überraschend elte Konrad Weiß Templin zu Hilfe, als dieser erklärte, daß er sofort das Bündnis verlässe, wenn es mit der PDS kokettieren werde.

Der Landesausschuß erklärte nun, daß es schon zu Wendezeiten verschiedene Auffassungen innerhalb der Bürgerbewegung gegeben habe. „Heute hat sich erst recht getrennt, was nicht zusammengehört.“ Insbesondere die neue Rechte pflegen eine Bezugnahme auf die Wende, die der von Bündnis 90/Die Grünen diametral entgegenstehe.

Quelle: „Berliner Linke“, Nr. 3, 1995 — (abe)

## Soll die PDS-Berlin geheimdienstlich bearbeitet werden?

Berlin. Nach einem Bericht des *Rheinischen Merkur* soll — wie aus einem Dossier des Amtes für Verfassungsschutz Berlin hervorgeht — die PDS verfassungswidrig sein. In einer 340seitigen Akte, die der Senat Berlin noch unter Verschluß hält und die auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln zusammengestellt worden sein soll, pflege die PDS Kontakte zum reorganisierten KGB. Es gebe Verbindungen zu militärischen Vertretern autonomer Gruppen sowie zur Randszene der RAF. Auch unterhalte die Kommunistische Plattform in der PDS Kontakte zu der noch in der DDR neugebildeten KPD. Es existieren auch Verbindungen zu orthodoxen Gruppen kommunistischer Parteien in West- und Osteuropa.

Petra Pau, Landesvorsitzende der Berliner PDS, bezeichnete diese Auflistung als lächerlich. Das werde seit Monaten gebetsmühlenartig wiederholt. Senatssprecher Butz erklärte, daß die PDS kein Beobachtungsbereich des LfV

sei. Es werde geprüft, ob Ansatzpunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bestünden.

Quelle: „ND“ vom 20. 1. 95 — (abe)

## Prozeß in Frankfurt/Oder gegen Nazi-Skin

Frankfurt/Oder. Am 18. Januar 1995 wurde ein Prozeß wegen Beihilfe zum versuchten Mord gegen den 24jährigen Carsten Szczepanski aus Klein Eichholz bei Königs Wusterhausen (südlich von Berlin) eröffnet. Szczepanski, 1990 aus Westberlin zugezogen, hatte in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1992 in Wendisch-Rietz während einer Disco seine braunen Kumpane aufgefordert, „das Schwein zu ertränken!“. Gemeint war damit der nigerianische Asylbewerber Steve Erenyi, der zusammengeschlagen wurde und schwer verletzt die Nacht überlebte.

Szczepanski gehört in dieser Gegend um Königs Wusterhausen/Beeskow zur rechtsextremen Szene, die hier mobil macht und schon zu DDR-Zeiten aktiv war. Verschiedene Vorfälle deuten auf rechte Täter hin, die offenbar selbst vor Mord nicht zurückgeschrecken. Ende November 1994 werden zwei Jugendliche, die als Linke bekannt waren, im Ort Wildau neben den Stadtbahngleisen tot aufgefunden.

In die Schlagzeilen geriet auch die Kreuzverbrennung des Ku-Klux-Klan im September 1991, die unter Leitung des Amerikaners Dennis Mac Mahon stattfand. Etwa später erscheint Mitte 1992 in Königs Wusterhausen die erste Ausgabe des Skinhead-Blattes *United Skins*, als deren Herausgeber Carsten Szczepanski fungiert. Neben Hakenkreuzen und KKK-Symbolen sind auch Klan-Kontaktdressen angegeben. Ohne strafrechtliche Konsequenzen können die „Feinde“ benannt werden: Juden und Farbige. Mitgegeben werden auch gleich die entsprechenden Losungen: „Boykottiert jüdische Geschäfte —

jagt die Ratten aus der Stadt“ und „White only — No Niggers and Jews allowed“. Weitere Hefte bringen „Antwort“briefe aus den USA zum Abdruck. So liest man, daß die Skins von hüben und drüber „beiderseits Arier“ sind und für „denselben Grund kämpfen“. Der müsse dann aber mit Feuer und Schwert geführt werden. Dieser Aufruf findet seinen Widerhall bei 900 Teilnehmern einer Sonnenwendfeier bei Prieros im Juni 1993 unter dem wachsamen Auge der Brandenburgischen Polizei, als diese rhythmisch zu skandieren beginnen: „Solingen! Solingen!“ Als einer der Anführer mit wehender Reichskriegsflagge in der Hand: Carsten Szczepanski.

Nach Schwierigkeiten mit der Polizei wechselt Szczepanski seine Postfachadresse und agiert weiter. Es erscheint eine von der Band NOIE WERTE produzierte Single mit Kameradengrüßen von Szczepanski. Der Erlös der Platte soll „verfolgten Kameraden“ zugute kommen. In einer Hitliste, die im Blatt veröffentlicht wird, ist das Horst-Wessel-Lied auf Platz 1 zu finden, gefolgt von „Hakenkreuz“ der Gruppe „Radikal“, Text: „Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um!“

Seit Mai 1994 sitzt Szczepanski in Untersuchungshaft. Ein Verfahren gemäß § 129 a (Bildung terroristischer Vereinigung) wurde eingestellt. So bleibt der Mordversuch an dem nigerianischen Asylbewerber. In einer Erklärung vor Gericht bestritt Szczepanski die Tatteilnahme, bedauert den Vorfall und verweigert jede Aussage. Ähnlich verlief auch die Verhandlung gegen den Haupttäter im Dezember 1992. Das Gericht muß nun mittels Zeugen dem Täter seinen Tatbeitrag beweisen.

Unbeschadet vom Prozeß erschien in diesen Tagen ein neues Heft der „United Skins“. Diesmal herausgegeben von der Freundin des Szczepanski.

Quelle: „Neues Deutschland“ vom 20. Januar 1995 — (abe)

Hier auf dem Kranzlauer Berg will Ruhe seine Hardthöhe aufgeschüttet haben, das Nikolai Viertel soll der Bonner Altstadt weichen, und hier, wo das Scheunenviertel steht, sollen die Rheinwiesen hin. Fragt sich nur noch: Wie kriegen wir den Rhein da hin?!



„Kinkel beschleunigt den Umzug nach Berlin“, lauteten die Überschriften vergangene Woche. Was war geschehen? Kinkel verzichtet großzügig auf den Abriss des Staatsratsgebäudes, an dessen Stelle er sein neues Auswärtiges Amt errichten lassen wollte. Stattdessen zieht er in die ehemalige Reichsbank. Wirtschaftsminister Rexrodt muß deshalb im ehemaligen Regierungskrankenhaus bleiben. Für beide richtungweisende Adressen? — (har)

# Appell an die Delegierten des Bundesparteitags

Dokumentiert: Beschuß des Landesparteitags der PDS Thüringen, 14./15. Januar 1995

**D**er Landesparteitag der PDS in Thüringen beschloß Mitte Januar auf Initiative von Dieter Hausold und Dieter Strützel den folgenden Appell an den PDS-Bundesparteitag.

1. Mit Verwunderung und Beunruhigung registrieren wir im Vorfeld des Parteitages Stimmungen aus dem Bundesvorstand, daß wir „politisch in Westeuropa angekommen sind“, daß es gut sein könnte, „daß wir bereits etabliert sind“, daß „wir wieder einen Platz haben“, „wieder wer sind mit zwei Millionen Wählerstimmen im Rücken“. Mit Unmut registrieren wir die voraussehbare Fruchtlosigkeit des von den Theben über den weiteren Weg der PDS losgetretenen Streits.

Beide Erscheinungen werden von den Medien freudig aufgegriffen und vervielfacht, um das in den Wahlkämpfen aufgebauten und von 2 Millionen Wählerinnen und Wählern anerkannte Bild der PDS als einer verlässlichen Oppositionspartei mit einer anderen Art von Politik zu verwischen und dafür das in der Tat abschreckende Bild einer Partei zu verbreiten, die sich zu allem Übel etablierter Parteien auch noch in die verfallenen Gräben der alten Kriege der deutschen Linken hockt und noch einmal jene Schlachten schlägt, von denen Bertolt Brecht schon vor fast 60 Jahren alles gesagt hat: „Alte Wunden brechen auf, neue werden geschlagen, verjährte Feind- und Freundseligkeiten werden ausgetragen, man schlägt sich und anderen in die Brust. Überzeugt scheint niemand zu werden, außer von seiner eigenen Auffassung.“

Wir haben nicht zwei Millionen Wählerstimmen hinter uns, sondern zwei Millionen Menschen vor uns. Nach unserer Erfahrung sehen uns zwei Millionen Frauen und Männer an, in die Augen und auf die Finger, ob wir jene Erwartungen rechtfertigen, die sie im Herbst 1994 in uns gesetzt haben. Ungeachtet vieler schlechter Erfahrungen, aber Hoffnungen setzend auf die Erfahrungen mit Menschen, die sich nicht einfach wendeten, die nicht nach Karrieren und Posten fragten, die überall dort waren, wo sich Menschen wehrten gegen den Raub sozialer Existenzgrundlagen, und die Front machten gegen Arroganz der Macht und gegen die vielfachen Versuche, dem Volk der DDR anstelle der errungenen und teuer bezahlten Mündigkeit wieder eine Parteiherrschaft aufzuzwingen.

Wir waren immer wer. Denn diese Menschen sind wir gewesen inmitten tausender unserer Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten. Wir haben unseren Platz gefunden: An der Seite und inmitten all derjenigen, die nicht bereit sind, eine Gesellschaft für das letzte Wort der Geschichte zu halten, „in der nur noch Verdienst und Gewinn zählen, in der Wettbewerb und Macht die allein bestimmenden Größen sind“ und die deshalb „auf dem Wege (ist), die Menschlichkeit, die Solidarität und die Verantwortung füreinander preiszugeben“ (Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen).

Die PDS kann fortfahren, sich immer

wieder neu und alt zu definieren. Bestimmt wird ihr weiteres Schicksal von dem Urteil der Wählerinnen und Wähler, der Menschen, die eine begründete Hoffnung suchen, für die der weitere Weg der PDS bedeutsam ist oder werden könnte. Wohlgemerkt: Der praktische Weg, nicht papiere Deklarationen, hinter denen keine Realität steht.

Für uns besteht ein Zusammenhang zwischen der verderblichen Freude einiger Genossinnen und Genossen, wieder etabliert zu sein, und dem unfruchtbaren Streit um ein paar Thesen, die in Genauigkeit der Analyse und ehrlicher oppositioneller Haltung des Widerstandes zurückbleiben hinter dem, was für Programm und Statut und für die vielen Wahlprogramme in der PDS bereits erarbeitet und erstritten worden ist, was Tausende Mandatsträgerinnen

wicklung von Politikfähigkeit der PDS sein. Besonders dann nicht, wenn an den Thesen Richtungsentscheidungen – womöglich noch auf dem bevorstehenden Parteitag – festgemacht werden sollen. Unser Parteiprogramm bietet einen großen Spielraum für die notwendige Debatte um die weitere Profilierung der Partei. Seine aktuelle Bewertung sowie die Diskussion über die Weiterentwicklung dieses Programmes sind für die PDS unverzichtbar. Die vorliegenden Thesen können dabei in vieler Hinsicht Anhaltspunkt sein. Nicht mehr und nicht weniger.

Was wir dringend benötigen, sind gründliche Debatten über Begriffe unserer Politik. Dies kann nicht im Austausch von Schlagwörtern geschehen. Wir können nicht einfach erklären, wir sind für Demokratie und Pluralismus,

schismus in unserer Zeit manifestiert. Der 8. Mai 1945 war die Chance und zugleich der Beginn des realen Versuches von Emanzipation zu einer Gesellschaft ohne Krieg, Gewalt und Herrschaft über Menschen durch die Völker. Seine Reduzierung auf „Das Ende des Krieges“ durch die öffentliche Bundesrepublik bedeutet das Zurückschreiben von Geschichte in ungeahntem Ausmaß. Der faschistische Aggressor soll reingewaschen werden. Kriege sollen wieder als unvermeidliche Folge von allgemeinen Interessenkonflikten dargestellt werden.

Dabei geht es nicht nur um historische Betrachtungen. Vielmehr soll damit die aktuelle Politik legitimiert werden, die internationale Beziehungen lediglich als Vertretung eigener Interessen versteht. Daraus entstandene Konflikte, ja sogar Kriege sind dieser Logik zufolge auch nur mit Interventionen (auch militärische) zu beheben.

Dieser Regierungspolitik muß mit Blick auf den 8. Mai entschieden entgegengetreten werden.

b) Ausgehend von ihren Wahlaus sagen muß die PDS auf allen Ebenen Aktivitäten zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zum Erhalt bzw. zum Neubau von Wohnungen mit sozial vertretbaren Mieten entwickeln. Diese Fragen besitzen absolute Priorität in den Erwartungen unserer WählerInnen.

c) Die PDS benötigt ein durchgängiges Konzept zur Abwendung der finanziellen Erdrosselung der Kommunen. Im Mittelpunkt muß

dabei die Forderung nach einer ausreichenden Finanzausstattung der Städte und Gemeinden durch Bund und Länder vor allem im sozialen und kulturellen Bereich sowie beim ÖPNV stehen.

d) Die Unterstützung der Gewerkschaften in den aktuellen Tarifauseinandersetzungen sowie ihrem grundsätzlichen Kampf gegen die Deregulierung und den schrittweisen Abbau des Sozialstaates.

e) Die Verteidigung demokratischer Rechte und Prinzipien gewinnt an Bedeutung. Insbesondere geht es um die Entlarvung und in deren Folge um die Verhinderung der schrittweisen Verständigung der Exekutive, Bundesregierung, Landesregierung und Verwaltungen aller Ebenen entscheiden immer häufiger, ohne einer tatsächlichen parlamentarischen oder öffentlichen Kontrolle zu unterliegen. Dabei werden diese selbst von einem unüberschaubaren Lobbyismus beeinflußt, der alle wirklich ausschlaggebenden Entscheidungen vorgibt. Parteien gehen soweit, über Koalitionen Wahlergebnisse zu revidieren, Verwaltungen entscheiden an Stelle von kommunalen Vertretungen usw. usf. Die Medien tragen über eine scheinbare Informationsbreite zur Desorientierung bei, da die eigentlichen Probleme und die tatsächlichen Akteure unbekannt bleiben. Die PDS muß versuchen, für diese Situation ein öffentliches Interesse zu schaffen, und ihr innerhalb und außerhalb der Parlamente mit größter Transparenz entgegentreten.

Diese Probleme müssen in der Partei erörtert werden. In den Basisgruppen ebenso wie auf dem Parteitag.

— (D. Hausold, D. Strützel)



1993: Die PDS Thüringen unterstützte Proteste gegen den wirtschaftlichen Kahlschlag.

Bild: af/mz

nen und -träger der PDS von den Kommunen bis zum Bundestag in praktische Politik umzusetzen bemüht waren und sind: Es ist die alte Arroganz gegenüber dem „Unverständ der Massen“. Es ist die von diesen Massen in diesem Jahrhundert dreimal historisch zurückgewiesene Anmaßung, aus der Vorhut zu bestimmen, was wirklich und nützlich sein könnte und sollte für die, deren Interessen zu vertreten beansprucht wird, statt ihnen zu Hilfe zu kommen, ihre eigenen Interessen selbst zu bestimmen und zu vertreten.

Es ist höchste Zeit, in diesem mehr als achtzigjährigen, über so viele Gräber hinausreichenden Streit zwischen Bebel, Lenin und Luxemburg endlich praktisch und nicht in Worten auf die Seite der roten Rosa zu treten. Nur damit kann jenes fatale Band getrennt werden, daß die Linke wider Willen gebunden hat und wieder binden würde an jene politische Kultur, für die Menschen nicht mehr sind als Rückenstärkung oder Legitimationsbeschafferinnen und -beschaffer.

2. Die vom Parteivorstand verabschiedeten „Thesen zur weiteren Entwicklung der PDS“ haben in der Partei widersprüchliche Reaktionen ausgelöst. Sie geben in allen wesentlichen Punkten Aussagen des Parteiprogrammes wieder, bleiben dabei jedoch in einzelnen Aussagen hinter diesem zurück. Es ist nicht nachzuholen, ob dies der Kürze des Papiers geschuldet ist oder eine Verabschiedung von bestimmten Feststellungen des Programmes bedeutet. Von daher geben die Thesen zu vielfältigen Spekulationen Anlaß. Dies kann jedoch nicht im Interesse der Ent-

ohne unser Verständnis zu diesen Begriffen auszutauschen und gegenseitig zu überprüfen. Dies gilt erst recht für Liberalismus/Antiliberalismus, Dogmatismus, Kulturlosigkeit, Klassen und Klassenkampf usw. usf. Als alternative Partei müssen wir uns von den Etablierten gerade darin unterscheiden, daß wir ehrlich bekennen: Wir wollen mit möglichst vielen gesellschaftlichen Kräften die Fragen ermitteln, die bei der Menschheitsentwicklung heute zu stellen sind. Gemeinsam gilt es dann auch die Antworten zu suchen. Deshalb können wir nicht schon wieder angekommen sein. Ein solches Politikverständnis verlangt, jegliche politische Grundsätze immer wieder an den Problemen zu prüfen, die die Menschen heute tatsächlich bewegen. Deshalb benötigen wir eine Partei von unten und Politikkoordinierung von oben. Mit dem Prinzip der Leitung der Partei von oben haben wir 1989/90 berechtigt gebrochen.

3. Der bevorstehende Parteitag steht in einer hohen Erwartungshaltung der Öffentlichkeit, in erster Linie jener Menschen, die der Partei bei den Wahlen des Jahres 1994 ihre Stimme gaben. Die tatsächlichen Bewährungsproben für unser Wahlprogramm und dessen Verwirklichung durch konkrete Politik stehen noch bevor. Wir benötigen daher ein Aktionskonzept für das Jahr 1994 und die Folgezeit.

Schwerpunkte eines solchen Konzeptes sollten sein:

a) Die Einordnung des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus unter dem Gesichtspunkt, daß sich in den Auseinandersetzungen zu diesem Datum die praktische Haltung zum Antifa-

# Kriegsforschung? Humanistischer Anspruch?

## Ein heftiger Streit an der Technischen Universität Berlin und seine Hintergründe

Ende Oktober präsentierte der Präsident der Technischen Universität Berlin, Prof. Dr. Schumann, der Öffentlichkeit „Vorschläge für einen Strukturplan“. Die wesentliche Aussage dieser Vorschläge besteht darin, daß sich die Technische Universität (TU) besinnen müsse auf die wissenschaftliche Bearbeitung von ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fragestellungen. Auf rund 60 Seiten wird ein bis ins Detail gehendes Konzept vorgeschlagen, das die wissenschaftlichen Disziplinen der TU entweder einem so genannten „Kern“bereich oder der „Peripherie“ zuordnet. Konkret bedeutet dies,

- die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge bleiben erhalten und sollen gestärkt werden,
- die naturwissenschaftlichen Studiengänge wie Mathematik, Physik, Chemie und Wirtschaftswissenschaften als „engere Peripherie“ werden in Kooperation mit anderen Berliner Universitäten angeboten,
- die Studiengänge in der „äußeren Peripherie“ wie alle Lehramtsstudiengänge sowie die Magisterstudiengänge (Anglistik, Deutsche Philologie, Geographie, Geschichte, Klassische Philologie, Musikwissenschaft, Politikwissenschaft, Romanistik, Soziologie) müssen eingestellt werden, um „die Studiengänge des Kernbereichs wie der engeren Peripherie angemessen auszustatten“<sup>1</sup> zu können.

Seit Veröffentlichung dieses Papiers herrscht Aufregung und Empörung. Eine einberufene Vollversammlung der Studierenden verlangt den Rücktritt des Präsidenten. Der Akademische Senat, das für die Einrichtung oder Abschaffung von Studiengängen zuständige Selbstverwaltungsgremium, hat mit deutlichem Votum (20:1:3) das Vorgehen des Präsidenten mißbilligt und erklärt, daß das Papier nicht Grundlage für die weiteren Entwicklungspläne der TU sein kann. Die für die Ausarbeitung von Vorschlägen zuständigen Kommissionen wiesen das Papier ebenfalls zurück und drohten mit Einstellung der Arbeit.

### Alle Arbeit umsonst?

Um die Heftigkeit der Ablehnung zu erklären, muß auf die letzten Jahre eingegangen werden. Der vorherige Präsident der TU, Fricke, hatte mit einer zum Startsignal gewordenen Neujahrsansprache 1991 eine Strukturreform der Technischen Universität Berlin eingefordert. Auch damals gab es viel Widerstand und Gegenrede. Aufgrund des schlechten öffentlichen Images der TU (vor allem lange Studienzeiten), publiziert im Spiegel, war man jedoch grundsätzlich zur Reform bereit. Ein rund dreijähriger Prozeß der Diskussion, Untersuchung, Evaluierung, natürlich auch des Aushandelns zwischen den verschiedenen Fraktionen, sowohl wissenschaftlicher (zwischen den Disziplinen), statusmäßiger (zwischen den einzelnen Hochschulmitgliedergruppen — Profs, Studierende, Mittelbau) als auch politischer Art, wurde das Gesamtwerk auch im letzten Gremium, dem Kuratorium (in diesem sitzen neben der TU auch Vertreter des Senats, des Abgeordnetenhauses, der Gewerkschaften, Industrie sowie Vertretungen für Frauen und Umweltschutz), verabschiedet. Der sogenannte HEP III (Hochschulentwicklungsplan) beinhaltet mehrere Komponenten und zeitliche Schritte,

die als Konsens ausgehandelt wurden: die Reduzierung der Fachbereiche von 22 auf 15, die Einrichtung von Studiobüros zum Zweck der Verbesserung der Studienberatung und -begleitung sowie zur Überarbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen, die prozentuale Aufteilung der Studienplätze auf 5 Fächergruppen (Ingenieurwissenschaften 47,5%, Planungs- und Sozialwissenschaften 27,5%, Naturwissenschaften 10%, Magisterstudiengänge und Lehrerstudiengänge jeweils 7,5%), Zuteilung der personellen und finanziellen Mittel nach einem neuen Schlüssel, in welchem nicht nur die Studierendenzahlen, sondern auch gute Leistungen in der Lehre (z.B. meßbar daran, wieviele das Vordiplom schaffen) u.a. „belohnt“ wird, und letztlich auch eine Verwaltungsreform. Im Rahmen des HEP III wurden alle Studiengänge evaluiert, einige daraufhin eingestellt, andere geändert. Die neu zusammengesetzten Fachbereiche haben im Herbst 93 ihre Arbeit aufgenommen, inzwischen ihre Gremien gewählt und sind nun dabei, die inhaltliche Arbeit verstärkt fortzu-

setzen. All dies würde der neue Strukturplan des Präsidenten über den Haufen werfen.

Hinzu kommt, daß das Papier im Geheimen ausgearbeitet wurde. Dies bedeutet nicht nur eine Mißachtung der inneruniversitären Mitbestimmung, es zeigt auch, daß der Präsident von vornherein wußte, daß die inhaltlichen Vorschläge nicht auf Gegenliebe stoßen würden. Daß er mit diesem Auftrag wesentliche Arbeitskapazitäten für Monate gebunden und die weitere Umsetzung des HEP III damit boykottiert hat, erscheint je nach Standpunkt mehr oder weniger von Bedeutung.

Entscheidender ist die inhaltliche Zielrichtung des vorgelegten Papiers. Mit der Aufteilung der TU in Kern- und Peripheriebereiche werden insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften zu Hilfswissenschaften degradiert. Diese Kritik — obwohl von den Verfassern dementiert — wird von allen Seiten, also auch von den potentiellen „Nutzniedern“, geäußert. Damit wird aber an einen wunden Punkt der Geschichte der Technischen Universität

gerührt. Weitere Kritikpunkte am Strukturpapier können in dem auf Seite 14 dokumentierten Papier der Reformfraktion nachgelesen werden.

### Es waren einmal...

Die Technische Universität Berlin hieß nicht immer so. Sie hat diesen Namen mit der Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten. Zuvor hieß sie Technische Hochschule Berlin und besaß seit 1933 eine Wehrtechnische Fakultät.

Bezeichnenderweise wurde die „Fakultät für Allgemeine Technologie“, wie sie aus außenpolitischer Rücksichtnahme in Hinblick auf den Versailler Vertrag zuerst hieß, am 14.10.1933, dem Tag des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund, angekündigt. Die Gründung war mit dem Reichswehrministerium abgesprochen, die tatsächlichen Aufgaben wurden jedoch nicht öffentlich bekanntgegeben. Nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde die Fakultät dann in Wehrtechnische Fakultät (WTF) umbenannt. Die Stellung der WTF innerhalb der Technischen Hochschule war geprägt vom „Führerprinzip“; der Dekan der WTF wurde vom Ministerium auf Dauer ernannt und war unabhängig vom Rektor der Hochschule. Er entschied selbständig über die Zulassung zum Studium. Im Laufe der Jahre wurden mehrere Mitarbeiter des Reichskriegsministeriums, des Reichsluftfahrtministeriums, des Oberkommandos der Kriegsmarine und des Heereswaffenamtes zu Honorarprofessoren oder außerplanmäßigen Professoren ernannt. Die personelle Verquickung von Hochschule, Staat und Partei (NSDAP) war eng. Seit 1937 waren Promotionsangelegenheiten aus Gründen der militärischen Geheimhaltung nicht mehr der Universitätsöffentlichkeit zugänglich. Wenngleich der Auf- und Ausbau der WTF — vor allem aufgrund der Kriegskosten — hinter den Erwartungen zurückblieb und auch diese Einrichtung nicht von personellen und institutionellen Querelen verschont blieb, so zeigte die Entwicklung der WTF an der Technischen Hochschule vor allem auch die kritiklose Unterordnung der Forschung unter die Anforderungen der Nationalsozialisten.<sup>2</sup>

Als eine Konsequenz aus dieser Geschichte ist die Namensgebung zu sehen. Damit verbunden ist der Anspruch, keine verantwortungslosen Techniker mehr auszubilden, sondern die humanwissenschaftliche Erziehung zu verstärken. In einer auch heute immer wieder erinnerten Rede des damaligen britischen Oberkommandierenden, Major-General Nares, wird die neue Grundidee der Technischen Universität (in Deutschland lange eine einmalige Namensschöpfung) festgehalten (siehe hierzu die Auszüge im Kasten).

Wenn heute also der Vorwurf kommt, daß die Strukturpläne hinter die Grundidee von 1946 zurückfallen, so ist damit vor allem die Ausbildung zum unkritischen Fachidioten gemeint, der den sog. technischen Fortschritt über alles stellt. Implizit ist aber natürlich auch der weitergehende Vorwurf vorhanden. Deshalb sollen noch einige Punkte erwähnt werden, die teils zeitlich unzusammenhängend, teils einzeln betrachtet „harmlos“ sein mögen, aber dennoch nachdenklich machen.



### EIN HISTORISCHES DOKUMENT

#### 9. April 1946: Rede von Major-General Nares

Die britischen Behörden haben nicht vergessen, daß die Berliner Technische Hochschule wesentliche Beiträge zum Kriegspotential Ihres Landes geliefert hat und eine der Stützen der technischen Entwicklung jener ungeheuren Kriegsmaschine war, die Hitler zur Unterdrückung anderer Völker und zur Durchsetzung des deutschen Willens, wie er ihn auffaßte, brauchte, wobei er sich über alle Rechte und Wünsche der übrigen Welt hinwegsetzte. Die vier großen Verbündeten, Rußland, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Groß-Britannien, haben geschworen, daß eine solche Kriegsmaschine nie wieder entstehen darf, und wir werden dieses Versprechen halten. (...) Der Sinn dieses Namenswechsels ist einfach, aber von größter Bedeutung. Sie sollten von ihm lernen, daß jede Erziehung, technisch, humanistisch oder was immer, universal sein muß, d.h. sie muß den ganzen Menschen, die ganze Persönlichkeit angehen, und ihre erste Aufgabe ist die Heranbildung eines Menschen im vollen Sinne, der in der Lage ist, eine verantwortliche Stellung im Leben neben seinen Mitmenschen einzunehmen. Erst in zweiter Linie kommt die Ausbildung zu einem guten Philolo-

gen, einem guten Architekten, einem guten Musiker oder einem guten Ingenieur. Wo aber die Erziehung die Bildung der ganzen Persönlichkeit nicht fördert, hat sie ihren Zweck verfehlt, und ihren Zweck soll diese Technische Universität nicht verfehlt. (...) Jene Techniker — und es waren nicht wenige —, die sich bereit fanden, ihre technischen Fähigkeiten in den Dienst von Hitlers Kriegsmaschine zu stellen, ohne sich die Folgen zu überlegen, waren ohne Verantwortungsgefühl. Hätten sie sich zuerst gefragt: „Was wird man mit meiner Entdeckung anfangen? Wozu wird diese Maschine, die ich bauen kann, verwendet werden? Wie ist ihr Verhältnis zum ganzen Leben der Menschheit?“, dann hätten die echten, verantwortungsbewußten Männer unter ihnen anerkennen müssen, daß das Ziel ungerecht war und die Verdrehung ihrer Erfindungskraft darstellte.

Naturwissenschaft und Technik können und müssen der Förderung des Friedens und der Kultur der Menschheit gewidmet sein, und nur wo ihre Anwendung in aller Verantwortlichkeit geschieht, ist dies möglich. Verantwortlichkeit ist der Grundstein der Demokratie<sup>3</sup>.

**EIN AKTUELLES DOKUMENT****„Reformfraktion“: Opposition gegen das Vorhaben des Präsidenten**

Nachfolgend die inhaltliche Begründung für die Ablehnung der vom Präsidenten vorgeschlagenen Strukturreform durch die Reformfraktion.<sup>3</sup> Sie stellt keinen formalen Beschuß dar. In ihrer Ausführlichkeit zeigt sie die Vielschichtigkeit der Ablehnungsgründe und der offenliegenden Folgen, die eine Umsetzung hätte:

1. Die Strukturdebatte hat die gesamte Universität in den letzten 4 Jahren bis zur Grenze des Verantwortlichen belastet. Derzeit laufen in den Fachbereichen die entsprechenden Organisations- und Konsolidierungsprozesse an. Es wäre angesichts der wachsenden Belastung der TU durch die Schere zwischen Finanzrestriktion und fortwährender Überlast unverantwortlich und ein schwerer Managementfehler, nun den Fachbereichen die nächste organisatorische Umstrukturierung zuzumuten, selbst wenn diese in dem einen oder anderen Einzelpunkt wünschbar wäre. Das vorliegende Papier geht aber über solche Einzelvorschläge weit hinaus, indem es z.T. ausgesprochen sinnvolle Zuordnungen zurücknimmt, z.T. gewachsene interdisziplinäre Ansätze auseinanderreißt, z.T. ganze Fächergruppen liquidiert und damit das ganzheitliche universitäre Profil der TU nach 1945 irreparabel beschädigt.

2. Das dem Papier zugrundeliegende Modell von technischen „Kernbereichen“ und „peripheren“ Fächern jeweils erster und zweiter Klasse ist ein in mehrfacher Hinsicht verfehlter Ansatz:

Zum ersten präsentiert der Präsident mit dem Kern-Peripherie-Modell einen veralteten Technikbegriff, der an den aktuellen und zukünftigen Problemen im Spannungsfeld Technik, Gesellschaft und Ökologie vorbeigeht und die auch an der TU begonnenen integrativen Ansätze zwischen Technik, Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften durch eine überkommene Hierarchisierung ersetzt. Sowohl die wissenschaftliche Debatte

als auch die praktische Entwicklung und die auf sie bezogenen Ansätze von Verbänden, Fachgesellschaften und gesellschaftlichen Gruppen haben längst die Abwendung von derartigen technikzentrierten Vorstellungen vollzogen, die die Geistes- und Sozialwissenschaften als untergeordnete Akzeptanzlieferanten für die Technik definieren.

Zum zweiten: Die absehbare Konsequenz dieses Kern-Peripherie-Modells ist der Rückfall in die Zeit der Technikdominanz vor 1945, die zu den bekannten Folgen geführt hat. Damit wird der Gründungsauftrag der TU, der angesichts dieser Folgen erteilt wurde, als erledigt angesehen. Dieses Modell wird zudem vorgeschlagen in einer Zeit, in der zahlreiche Technische Universitäten im In- und Ausland ... sich längst erfolgreich um gleichberechtigte Integration der hier auf die Abschlußliste gesetzten Fächer bemühen, um Forschung und Lehre ganzheitlich, interdisziplinär und bewußt die Anwendungsproblematik reflektierend gestalten zu können.

Zum dritten bietet der Präsident damit ganze Fächergruppen kurz- und mittelfristig zur Streichung durch die Staatsseite an, ohne daß diese wenigstens in Begründungswänge für weitergehende Einschnitte in die Substanz der TU kommen würde, und macht damit ihr Profil abhängig von der jeweiligen Haushaltsslage.

3. Eine der Folgen der vorgelegten Vorschläge wird eine nahezu frauenechte Technische Universität sein. Es sollen gerade die Bereiche und Studiengänge mit den höchsten Frauenanteilen sowohl bei den Studentinnen als auch bei den Wissenschaftlerinnen aufgelöst werden. Damit ist die Zerstörung der Institutionalisierung weiblicher Forschungstätigkeit an der TU programmiert. Auch wenn eine einzelne Frauenforschungsprofessur vorgesehen ist, verliert diese durch die Entfernung ihres Umfeldes — wie z.B. der bereits seit 14 Jahren existierenden „Arbeitsstelle sozial-, kultur- und

erziehungswissenschaftlicher Frauenforschung“ am Fachbereich 2 und des ebenfalls dort etablierten Studien schwerpunkts Feministische Bildung, deren Ruf weit über die Grenzen Berlins reicht. — jede Wirkungsmöglichkeit.

4. In seinen Einzelmaßnahmen verfolgt das Papier fast durchweg das Gegenteil der aktuell und für die Zukunftssicherung der TU notwendigen und großenteils bereits getroffenen Entscheidungen:

— Selbst die interdisziplinären Ansätze bisheriger Strukturpolitik zwischen den verschiedenen Bereichen der Technik seit Anfang der 70er Jahre werden im Sinne einer disziplinären Zurechtrüttelung konterkariert. Beispiel: Werkstoffwissenschaften, deren Zuordnung zum neuen Fachbereich 6 bereits zu ersten integrativen Konzepten mit Verfahrenstechnik und Umwelttechnik geführt hat, werden disziplinär an die Chemie angegliedert. Das Verkehrswesen, seit Anfang der 70er Jahre als integrativer Fachbereich angelegt, wird auf die Verkehrstechnik reduziert und dem Maschinenbau wieder zugeordnet.

— Die Substanz der Sozial-, Human- und Geisteswissenschaften an der TU, die Basis war für die in den letzten Jahren verstärkten und z.T. inzwischen auch erfolgreichen Bemühungen um Überwindung der Grenzen zwischen den „Zwei Kulturen“, wird zerstört ...

— Faktisch wird durch die Kern-Peripherie-Philosophie in Verbindung mit Streichung der meisten geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge und der Ausdünnung ganzer nichttechnischer Fächergruppen die Balance an der TU zerstört und so der durch die Sparzwänge heraufbeschworene Verteilungskampf zu einem Kulturmobil zwischen den Fächergruppen gesteigert.

5. Die nötige inhaltliche Profilierung wird durch die Neuauflage der organisatorisch-strukturellen Debatte verhindert ...

**Wehret den Anfängen?**

Noch heute erinnern Namen von Forstschern an die unrühmliche Tradition von Teilen der Technischen Hochschule: Z.B. ist das Institut für Technische Chemie im „Franz-Fischer-Bau“ untergebracht. Franz Fischer war an der Kohleverflüssigung zur Herstellung von Treibstoffen im Zweiten Weltkrieg beteiligt. Gerüchte sagen, daß hinter den neuen Plänen des Präsidenten sowohl der Wissenschaftsminister Erhardt als auch der frühere TU-Präsident Fricke stehen. Bei ersterem wundert sich niemand, ist eine Reduzierung der Fächer und der damit verbundene Studienplatz- und Personalabbau doch ganz in seinem Interesse. Bei letzterem wird man hellhörig. Hellhörig deshalb, weil er doch die Diskussion zum HEP III angestoßen und inhaltlich mitgetragen hat (zumindest nehmen alle das an, s.o.). Aber aufmerksam muß man auch aufgrund einer weiteren Sache sein: 1945 war nicht nur die Wehrtechnische Fakultät eliminiert worden, sondern ausdrücklich auch die Fächer Flugzeugbau und Seeschiffahrt. Professor Fricke ist Hochschullehrer im Institut für Luft- und Raumfahrt, bekannt ist das Institut vor allem durch einen teuren Flugsimulator. Auch ein Institut für

Schiffs- und Meerestechnik gibt es schon längst wieder, allerdings sollte dieser Studiengang jetzt absehbar eingestellt werden. Just zu dieser Zeit beschließt der Senat von Berlin, die Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffbau (VWS), eine reine Forschungseinrichtung, der TU anzugehören. Bei einer Besichtigung dieser Anstalt erhält ein Mitglied des Akademischen Senats auf die Frage, ob Rüstungsforschung betrieben werde, die empörte Antwort, man betreibe Verteidigungsforschung.

Warum diese Frage überhaupt? Bis 1990 stand Berlin rechtlich unter der Kontrolle der Alliierten. Diese hatten ein Verbot für Militärforschung erlassen. Nach dem Wegfall des Alliierten Verbots beschloß der Akademische Senat der TU im Mai 1991 einstimmig, auch weiterhin keine Militärforschung zu betreiben. Alle Antragsteller für Forschungsprojekte müssen schriftlich erklären, daß das Projekt nicht militärischen Zwecken dient. Darüber hinaus hat die TU schon seit 1986 in alle Kooperationsverträge eine sog. Zivilklausel aufgenommen. Dies war Ergebnis der Diskussion um die Nachrüstungspolitik der Bundesregierung.

Schon seit längerem bedauern es Vertreter von Rüstungskonzernen, daß Berlin ein „weißer Fleck“ auf der Rü-

stungskarte sei. 45 Jahre erzwungene Abstinenz sind ihnen genug.<sup>3</sup> Für die von Haushaltsskürzungen gebeutelten Universitäten und Forschungseinrichtungen tun sich hier neue Möglichkeiten auf. Deshalb paßt es auch zusammen: die angespannte Haushaltssituation, der Vorschlag des Präsidenten, die „aufgedrückte“ Fusion mit der VWS und die damit in den Pelz gesetzte Rüstungsforschung. Man darf gespannt sein, ob der Konsens in Sachen Rüstungsforschung einem Antrag auf Unterbindung in der VWS standhält. — (har)

**Quellen:**

- (1) *Vorschläge für einen Strukturplan der Technischen Universität Berlin (erarbeitet von der Planungsgruppe)*, Okt. 94;
- (2) Hans Ebert und Hermann-J. Rupiper: *Technische Wissenschaft und nationalsozialistische Rüstungspolitik: Die Wehrtechnische Fakultät der TH Berlin 1933-1945*, aus: *Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979*, 1. Band;
- (3) vgl. *Berliner Linke*, 44/94, S. 6;
- (4) *Eröffnungsansprache von Major-General E. P. Nares vom 9. April 1946*;
- (5) *Die Reformfraktion umfaßt Mitglieder aus allen Statusgruppen*.

**TERMINE**

- 27.-29.1.: 4. Parteitag der PDS, Berlin
- 19.2.: Landtagswahlen in Hessen
- 4.3.: Frühjahrstagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln
- 4./5.3.: BWK-Bundesdelegiertenkonferenz in Köln
- 14.5.: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen
- 27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

**Politische Berichte**

Zeitung für sozialistische Politik  
— erscheint vierzehntäglich.  
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.  
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 10722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

**Verantwortliche Redakteure:** für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

**Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit:** Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bairischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

**Vierteljährliche Beilage:** Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

**Redaktionschrift:** GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

**Nachrichtenverbindungen:**  
Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Datentelefon 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

# Wider das Vergessenmachen

**Max Kochs Aktualisierung der Klassenanalyse**

**M**it dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in den osteuropäischen Ländern glaubte die Soziologie, die Gesellschaftslehre von Marx und Engels endgültig für veraltet und überholt erklärt zu können: Vor allem viele links-liberale Sozialwissenschaftler, die noch in den 70er Jahren darauf verwiesen, daß die Theorie von Marx und die Praxis der sich sozialistisch schimpfenden Länder nicht dasselbe seien, meinten nun, besten Gewissens der konservativ-restaurativen Ansicht folgen zu können, daß mit Marx und Engels keine Analyse der Gesellschaft mehr zu leisten sei: Der Kapitalismus habe sich nicht nur als die stärkere Gesellschaftsformation erwiesen, sondern auch als die bessere, die allen Menschen gleiche Rechte garantiere, wenn auch nicht das Recht auf Arbeit und Wohnung, so doch das Recht auf gleichberechtigten Konsum von Bananen und Videorekordern. Mit diesem theoretischen Kurzschluß berief man sich vor allem auf den vermeintlichen Wohlstand der hiesigen Arbeiterklasse, die keinen Grund mehr zum Protest hätte. Wo die ganze Welt unter dem Diktum des Kapitals nun vereint sei, stünden Klassenkonflikte nicht länger auf der Tagesordnung. Daß zeitgleich zum Zusammenbruch des Realsozialismus auch der vielbeschworene Sozialstaat demontiert wurde (und wird), konnte die Soziologen kaum an der stillschweigenden Verabschiedung vom Marxismus hindern: Allein von der Existenz sozialer Klassen hatte man sich im Vorwege schon durch den billigen Ersatz von Schichtenmodellen verabschiedet. Was einst den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital beschrieb, sollte sich nun zugunsten einer Nivellierung, dem Aufeinanderzubewegen der Unterschiede, aufgehoben haben.

Damit verabschiedete sich die Soziologie schließlich auch vom Veränderungswillen, der mit dem Marxschen Theorieansatz verbunden ist, Forschung im Dienste möglicher Verbesserung der Verhältnisse zu leisten — zurückgekehrt wurde zu den Anfängen der Soziologie, wie sie Auguste Comte Mitte des letzten Jahrhunderts nämlich als Gegenentwurf zur Marxschen Theorie entwarf: Während Marx, von der Hegelschen Philosophie kommend, diese durch ein ökonomie-theoretisches Fundament auf die Füße stellen und schließlich nur die Geschichte als Wissenschaft etabliert wissen wollte, machte sich zeitgleich Comte an die Formulierung einer „moral statistic“, wie er die als Soziologie bekanntgewordene Wissenschaft zunächst nannte: eine mathematisch-naturwissenschaftliche Methode zur statistischen Erfassung menschlichen Verhaltens, welche im Ergebnis mögliche Unruheherde beseitigen sollte. Die Soziologie war geboren als eine Lehre, die die bestehende Gesellschaft legitimieren und stabilisieren sollte. Erst in diesem Rekurs fällt auf, mit welcher Dimension das Marxsche Denken hier vergessen gemacht werden soll: Die Soziologie bezieht wieder Position als Hilfswissenschaft von finanziell starken Interessen, und sei das auch nur in ihrer zunehmenden Irrelevanz.

Jüngst hat der in Berlin lehrende Sozialwissenschaftler Max Koch eine Studie vorgelegt, mit der er sich quer zum soziologischen Betrieb stellt: Nicht nur weist er in seinem Buch „Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft“ theoretisch nach, daß der Marxsche Klassenbegriff alles andere als veraltet anzusehen ist, sondern er zeigt auch in einer empirischen Analyse, daß jeder, der von der Existenz von Klassen abzu-

sehen können glaubt, an den Tatsachen vorbei argumentiert.

Dabei geht es dem Autor nicht um eine Wiederholung der dogmatisch verkürzten Klassentheorie, wie sie vom Staatssozialismus als Schema begriffen wurde, sondern darum, „inwieweit der Klassenbegriff als analytische Kategorie empirisch in der Lage ist, homogene soziale Lagen zu unterscheiden ...“. Dieser Aspekt muß insbesondere deshalb hervorgehoben werden, weil ein Großteil der bisherigen Literatur über soziale Klassen durch eine fast ausschließlich abstrakt-theoretische Diskussion über die „richtige Ableitung“ von Klassen gekennzeichnet ist, ohne daß die vorgeschlagenen Modelle empirisch untersucht worden sind.<sup>(9)</sup> Nicht als politisches Schlagwort soll demnach von „Klassen“ die Rede sein, sondern im Sinne einer fundierten Sozialanalyse, die es dann gestattet, die theoretischen Ergebnisse in die politisch-praktischen Diskussionen zu bringen.

Im ersten Teil des Buches bietet Koch eine lizide Einführung in die Marxsche Klassenanalyse. Daß sich ein eindeutig definierter Klassenbegriff bei Marx nicht findet — mal sind es Kapitalisten und Arbeiter, mal ein differenzierter Blick auf eine Klassenvielfalt —, deutet Koch nicht als Schwäche Marxens, sondern als methodologische Konsequenz der sozialen Dynamik und möchte „mit Marx daran ... erinnern, daß die Konstruktion des wissenschaftlichen Objekts selbst ein wissenschaftlicher Akt ist, der seinerseits objektiviert werden muß.“<sup>(13)</sup> Ein differenzierter, nicht statischer Klassenbegriff bei Marx zielt auf eine sehr dynamische Gesellschaftsformation, an der ein Begriff sich auch empirisch überprüfen lassen muß. Das vollzog Marx für die kapitalistische Gesellschaft Mitte des letzten Jahrhun-

derts; auch wenn sich der Kapitalismus in seiner Dynamik wesentlich verändert hat, so ist es doch noch immer Kapitalismus; mithin ist noch immer die Ökonomie in letzter Instanz bestimmend, kann die Gesellschaft noch immer unterschieden werden in diejenigen, die Produktionsmittel und das Produkt der Arbeit besitzen, und diejenigen, die allein ihre Arbeitskraft wohlfahrtlich bieten müssen; noch immer ist also die wesentliche soziale Verkehrsform dieser Gesellschaft über den Austausch von Waren bestimmt. Akkumulation des Kapitals, Mehrwert und Lohn sind nach wie vor Begriffe, die soziologisch mehr über die Gesellschaft verraten als die kunstvollen Konstruktionen von Freizeit-, Industrie-, Postindustrie-, oder — wie Ulrich Beck es nennt — Risikogesellschaft. Daß die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus schließlich die gesamte Menschheit immer größeren Risiken (vom Super-GAU bis zum Atomkrieg) aussetzt, ist Becks Ersatz für die einst über eine Klassenanalyse begriffene Gesellschaftstheorie. Da es keine „Kollektiverfahrung der Verelendung“ gäbe und sich die Lebenslage der Arbeiter nicht weiter verschlechterte, sei das Klassenmodell zu verabschieden. Beck mißdeutet die Marxsche Theorie jedoch als Verelendungstheorie, nämlich mechanistisch, um Marx dann den Mechanismus vorzuhalten. Koch wendet überzeugend ein, daß es Marx aber nicht um den absoluten Arbeitslohn ging (also nicht um die faktische Verelendung), sondern um den prozentuellen Arbeitslohn. Das heißt, „Abstand zwischen Arbeitslohn und Profit kann also durchaus eine absolute Verbesserung der Lebensumstände“ der Lohnarbeiter einschließen.<sup>(23)</sup> Am

Fortsetzung nächste Seite

## Stilvolles aus München

**S**ind wir wirklich jenseits von Stand und Klasse? Die Schichten tot, und „neue“ Ungleichheiten bestimmen das Leben der Menschen? Eine große Anzahl von Sozialwissenschaftlern in Deutschland denkt so. Allen voran die Schüler des Münchener Ungleichheitsforschers Hermann Boll: Ulrich Beck und Stefan Hradil. Sie und ihresgleichen werden denn auch schon spöttisch die Münchener Schule genannt.

Freilich, so sehr sie sich auch bemühen, die Bedeutung der „alten“ Ungleichheiten herunterzureden, sie kommen nicht daran vorbei, daß es schon noch vertikale soziale Ungleichheiten in der Bundesrepublik gibt, Arme und Reiche, Verfügende und Verfügte, Herrscher und Beherrschte. Aber das soll alles nicht mehr so wichtig sein. Der Lebensstil bestimmt stattdessen das Leben, die horizontalen Ungleichheiten, auf die kommt es an.

Über Kleidung, Konsumvorlieben, Freizeitverhalten und Einstellungen soll die Sozialstrukturanalyse demzufolge reflektieren. Nicht mehr hingegen über jene Ungleichheiten, die aus dem Produktionsprozeß hervorgehen, die den Manager vom Arbeiter am Band trennen. Die Ausbeutung und Unterdrückung dort, so die Argumentation der Münchener, ist zweitrangig gegen-

über der kulturellen Abgrenzung in Freizeit und Reproduktion, wo Ulrich Beck gar einen Trend zur Individualisierung ausgemacht haben will. Doch zu einem überzeugenden Modell der horizontalen Ungleichheiten gelangen die Kämpfer wider die Reflexion über die vertikale soziale Ungleichheit nicht. Und auch die empirischen Lebensstilanalysen weisen nur eine Gemeinsamkeit auf: Sowohl die berühmte Sinus-Studie von Becker & Nowack als auch die Konrad-Adenauer-Studie von Gluchowski sind sich darüber einig, daß es vertikale soziale Ungleichheit gibt, also Schichten, in die man gemäß seiner Berufstätigkeit einzuordnen ist.

Auch kritische Forscher haben sich den Methoden dieser Lebensstilforschung mittlerweile angenommen. Allerdings halten sie ihre Vorurteile aus der Datenerhebung heraus. Während sich etwa Sinus-Forscher Becker & Nowack und der Adenauer-Wissenschaftler Gluchowski auf Daten aus dem Bereich Konsum und Ideologie beschränkten, erhob etwa Krotz zusätzlich Geschlecht und Alter, Variablen zur Arbeit und zum Handeln. Als er diese Daten durch seinen Rechner jagte, fand er auch neun Großgruppen: Jugendliche, Studenten, Berufseinsteiger (Yuppies und Dinks<sup>1</sup>), Arbeiter, Hausfrauen aus der Unterschicht, Etablierte, Haus-

frauen aus der Mittelschicht, Pensionäre aus Unter- und Mittelschicht. Das waren nun freilich keine Lebensstilgruppen mehr, befanden Krotz und seine Mitarbeiter, hier handelt es sich um Lebenswelten, also um soziale Gegebenheiten, mit denen das Individuum konfrontiert ist, nicht individuelle Expressionen. Denn wenn man diese Lebenswelten in einem Koordinatensystem unterbringt, ergeben sich drei ganz einfache, objektive Achsen: Schichtung, Alter und Geschlecht.

Sieht man sich dieses Sozialstrukturmödell an, erkennt man, wie dominant das Leben in der derzeitigen Gesellschaft um den kapitalistischen Verwertungsprozeß herum gruppiert ist. Sicher der Vorlauf für Jugendliche und besonders für Studenten ist länger geworden, und die aus der Produktion freigesetzten Rentner leben heute so lange wie noch nie, aber das Zentrum der Gesellschaft ist und bleibt der kapitalistische Betrieb, den die Männer in ihrem Leben durchlaufen wie am Fließband, während die Frauen die Reproduktion erledigen müssen.

Mit der Arbeit von Krotz hätte die Diskussion um die Lebensstilforschung eigentlich tot sein müssen, zumal die Betriebswirtschaft, die sie schon seit über 20 Jahren betreibt, dieses Ansatzes längst überdrüssig geworden ist. Daß

sie dennoch weiterläuft — auch vier Jahre nach Erscheinen von Krotz Studie —, hat wohl auch ideologische Gründe. Stephan Hradil zum Beispiel beruft sich direkt und Ulrich Beck indirekt auf einen Ausspruch des „linken“ Sozialwissenschaftlers Klaus Offe, wenn sie ihr Tun rechtfertigen: Demzufolge nimmt die Bedeutung vertikaler Differenzierung bei steigendem Wohlstand ab, während die Bedeutung horizontaler Differenzierungen zunehme. Nur sagte Klaus Offe das Anfang der siebziger Jahre, als die Ungleichheit zwischen Management und Kapitalbesitzern auf der einen und Arbeitern und Angestellten auf der anderen Seite tatsächlich abnahm. Nicht nur wegen des steigenden Wohlstandes, sondern auch weil starke Gewerkschaften tatsächlich eine Umverteilung von oben nach unten erzwangen. Wenn Hradil und Beck diesen Trend in die Gegenwart forschreiben, dann lügen sie 15 Jahre konservative Umverteilungspolitik von unten nach oben hinweg und machen die Soziologie zu einer ideologischen Verschleierungswissenschaft, die vor der aufkommenden Verelendung der unteren sozialen Schichten die Augen verschließt.

— (Thomas Kilian)

1 Dink = Doppel income, no kids

## Wie die Lebensstilforschung den Kapitalismus verschleiert

Fortsetzung von Seite 15:  
Klassenanalyse ...

proportional wachsenden Abstand zwischen Lohn und Profit ändert das jedoch nichts.

Ausgehend von Untersuchungen vom „Projekt Klassenanalyse“ von Nicos Poulantzas, Erik Olin Wright und Pierre Bourdieu durchleuchtet Koch im zweiten Teil gegenwärtige Ansätze zur Klassentheorie. Vorrangig ist stets die Frage, wie auf Strukturveränderungen im Dienstleistungsbereich und im Management klassentheoretisch zu reagieren ist. Dies sind mithin auch empirische Fragen: Ab wann ist jemand Kapitalist, welchen Status haben Manager als Lohnabhängige, was ist das Kleinbürgertum? Koch selbst wählt folgenden Ansatz (der hier nur in einer groben Skizze wiedergegeben sein soll; vgl. 112ff.):

1) Der Klassengegensatz der Produktionsweise trennt Produktionsmittelbesitzende von Lohnarbeitern.

2) Die Produktionsmittelbesitzenden teilen sich in die sozialen Klassen (differenziert nach „Anzahl der Beschäftigten“, „Stellung im Arbeitsprozeß“ und „Bildungsgrad“) Kapitalisten und Kleinbürger, d.h. reine Kapitaleigentümer, Manager sowie Freiberufler und Bauern. Die Lohnarbeiter unterteilt Koch in Bildungsspitzen (Professionen, Ingenieure), Mittelklasse (Semiprofessionen, Techniker, qualif. kaufm., manuelle und Dienstleistungsberufe) sowie Arbeiterklasse (einf. kaufm., manuelle, Dienstleistungs- und Agrarberufe).

3) Das ergibt statistisch (um nur aus einer der zahlreichen Tabellen von Koch zu zitieren; vgl. hier 134) eine quantitative Verteilung sozialer Klassen 1970 und 1988 in der BRD in Prozent:

Klasse	1970	1988
Kapitalisten	2,7	2,5
Bildungsspitzen	3,6	9,0
Mittelklasse	50,9	56,2
Arbeiterklasse	42,8	32,3

Das Ansteigen der Mittelklasse erklärt sich durch Faktoren wie die Ausweitung des Dienstleistungsbereiches („tertiärer Sektor“) sowie durch zunehmende Intellektualisierung des Arbeitskörpers. Für die Kapitalismusanalyse ist das von hoher Bedeutung, heißt doch das Anwachsen des tertiären Bereichs auch eine Zunahme von unproduktiver Arbeit gegenüber der produktiven: Wichtig ist festzustellen, daß Dienstleistende keinen Mehrwert produzieren, obgleich sie dennoch Mehrarbeit leisten, „die in diesem Fall nicht der Mehrwertproduktion dient, sondern der Minimierung der falschen Kosten der Produktion, ... (das heißt) Reduktion der Zirkulationskosten.“ (29)

Diese empirischen und theoretischen Analysen machen deutlich, daß die gängige Rede von einer neuen Gesellschaftsformation, die den Klassenwiderspruch abgelöst haben soll, hältlos ist. Bis auf die angezeigten Verschiebungen im Bereich der Lohnarbeit zeigt sich sogar das Klassenverhältnis als solches relativ stabil. Von den aktuellen klassentheoretischen Ansätzen, mit denen Koch sich beschäftigt, ist vor allem Bourdieu zu erwähnen: Zwar hält auch er das Marxsche Modell für überholt, operiert aber mit dem Begriff der Klasse und des Kapitals. Bourdieus Differenzierungsmethode nach „kulturellem“ beziehungsweise „symbolischem Kapital“, läßt es nämlich zu, der Klassenstruktur auch in den alltäglichen, kulturellen Lebensbereichen habhaft zu werden. Wie im Ökonomischen zeigen die „feinen Unterschiede“ (Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Ffm 1982) in der Symbolik Klassencharakter.

ter, der Lebensstile repräsentiert und formt: von der Wohnungseinrichtung über Mode, ästhetischen Geschmack, Bildung etc. verfügen die sozialen Klassen über „symbolisches Kapital“, also ein Vermögen, durch zum Beispiel einen bestimmten Musikgeschmack oder einen Professorentitel unangefochten soziale Macht ausüben zu können. Problematisch an dieser Theorie ist lediglich die Gleichsetzung von Macht und Kapital, sowie die Annahme, daß auch die Symbolwelt der Arbeiterklasse ein Kapital, mithin eine Macht darstellt,

was nur in bestimmten historischen Konstellationen der Fall sein dürfte. Koch gelingt es dennoch, diese Theorie an die Marxsche Klassenanalyse zurückzubinden. Mithin gelingt ihm damit die Aktualisierung einer kritischen Soziologie.

— (rob)

Max Koch, *Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft. Theoretische Diskussion und Analyse*, Westfälisches Dampfboot, Münster 1994, 212 S., DM 39,80.

## VORGESTELLT

### Schriftenreihe zur Faschismus- und Weltkriegs- forschung

Ein Mitteilungsblatt der „Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.“

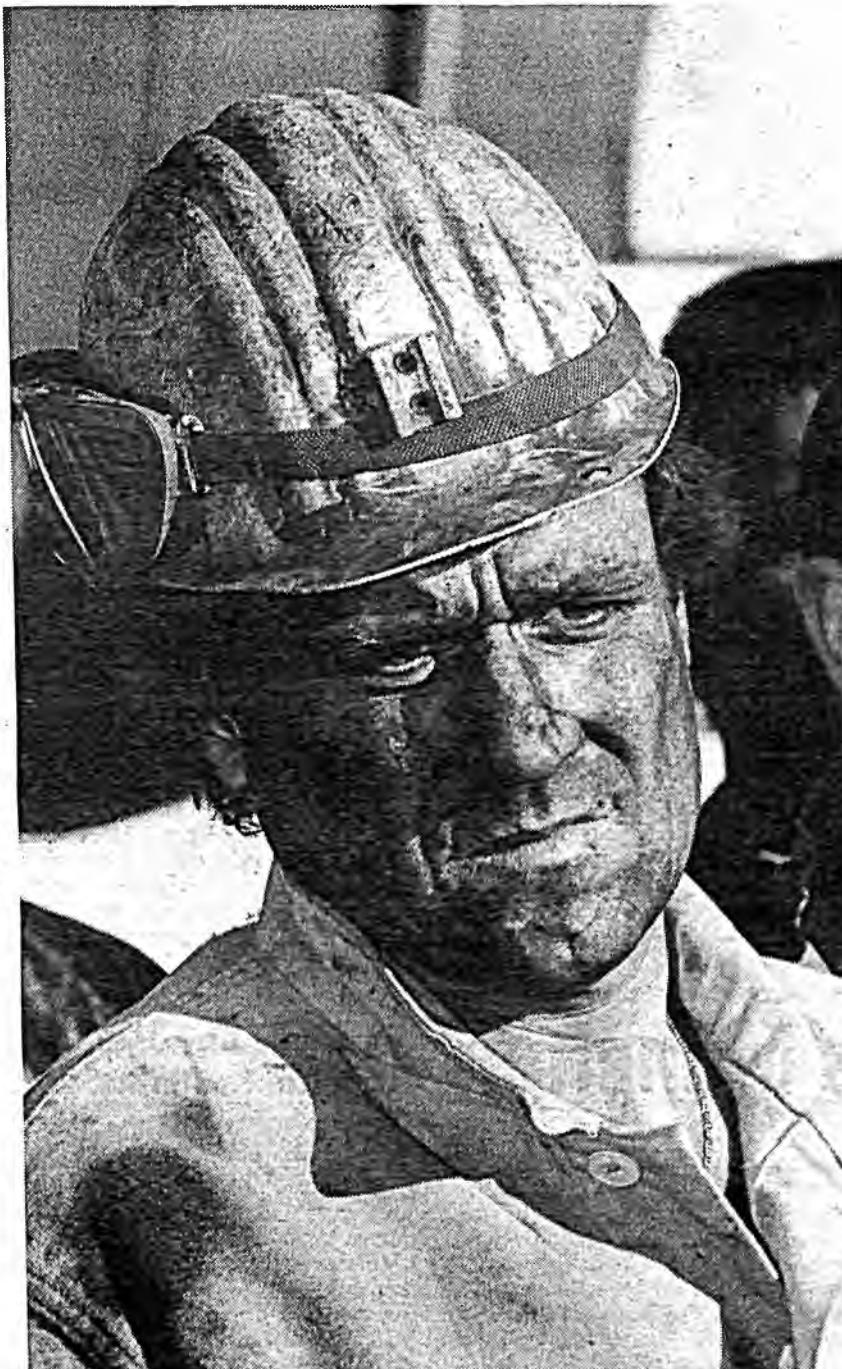
Mit Bulletin Nr. 3 hat die „Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.“ ihr Mitteilungsblatt durch eine der Öffentlichkeit zugängliche Halbjahreszeitschrift ersetzt, die an das seit 1963 vom Arbeitskreis Zweiter Weltkrieg am Institut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften herausgegebene Bulletin *Faschismus / Zweiter Weltkrieg* anknüpft.

Im Mittelpunkt dieses Heftes steht der Beitrag von Werner Röhr: „Gewittersturm über Warschau – Politische Akzente des Aufstandes 1944“. Der Autor würdigt ihn als einen Höhepunkt des bewaffneten Kampfes gegen die Okkupationsherrschaft. Im Detail werden Aufstandsplanung, Voraussetzungen zu ihrer Umsetzung im Sommer 1944 und die die Erhebung (trotz Einwand des Obersten Befehlshabers General Sosnkowski) auslösenden Faktoren dargestellt. Im Detail schildert Röhr die Phasen des ungleichen Kampfes, die Reaktion der Okkupanten sowie Krise und Niederschlagung des Aufstandes. Er nennt die dabei von der faschistischen Führung befahlenen und von ihren Exekutoren vollzogenen Grausamkeiten. Zugleich verweist er auf Kazimierz Sobczaks resümierendes Urteil: „Der Aufstand bleibt eine Anklage gegen jene politischen Kräfte, die im Namen ihrer engen egoistischen Klasseninteressen, im Namen des Kampfes um die Macht sich nicht scheuten, ihn auszulösen.“

Neben Forschungsergebnissen, Tagungsberichten und Kritiken enthält das Bulletin die Veranstaltungspläne der Gesellschaft für Konferenzen, Vorträge und Kolloquia; periodisch Übersichten über die Publikationen ihrer Mitglieder sowie Miszellen, Notizen, Briefe und Informationen.

Die nächste Ausgabe des Bulletins (Nr. 4, erscheint im Januar 1995) enthält u.a. Aufsätze von Fritz Petrick: „Die DAF und die Gewerkschaften in von Deutschland besetzten Ländern“, von Margarete Pieschke: „Die Okkupationspolitik in Nordeuropa. Eine Auswahlbibliographie“, einen Bericht von Martin Moll über ein Editionsvorhaben zu Hitlers schriftlich ergangenen Befehlen ziviler Natur aus den Jahren 1939–1945, Tagungsberichte sowie Berichte über Veranstaltungen der Gesellschaft (u.a. Werner Röhr: „Der 20. Juli und die politischen Legitimationsbedürfnisse im Wahljahr 1994“, von Ute Ehrich: „NSDAP in Österreich“). — (gw, rül)

Bestellungen (Preis 10 DM plus Porto) an:  
ASG Adressen- und Abonnement-Service Gesellschaft mbH,  
Körnerstr. 26,  
D-13156 Berlin.  
Tel. 030 / 4764257.



Bergarbeiter in Bergkamen

Foto: af/mz

Politische Berichte		zum Abonnieren — zum Kennenlernen	
Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)		o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.	
o 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.		Name: .....	
o im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)		Straße: .....	
o Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).		Postleitzahl/Ort: .....	
o Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)		Konto-Nr./BLZ: .....	
		(Bank	Unterschrift)
Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse			